

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Aundfunf“, „Sozialistische Literatur-Aundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition (Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Gruppenstraße Nr. 5 und Neue Zingelstraße 11, sowie durch alle Anzeiger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 RM., 4 1/2 RM. Trägerschein 0,50 RM., monatlich 1,75 RM., 3 1/2 RM. Trägerschein 2,10 RM. Durch die Post einzahl. Zustellungsgebühren 2,46 RM.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 3852.

Anzeigenpreis: Je Zeilemeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stiegeanzeigen, Vereins-, Besammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen) abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Breslaus Proletarier marschieren auf.

Imposanter Verlauf unserer Internationalen Kundgebung. — Grüße der polnischen und tschechoslowakischen Arbeiterschaft. — Löbes Antwort an Herrn von Richthofen.

„Spaltung der Schlesischen Sozialdemokratie“, war noch vor wenigen Tagen, das Lösungswort der gegnerischen Presse. vom Zentrum bis zu den Kommunisten. Meinungsverschiedenheiten, wie sie in jeder Organisation vorkommen, waren der Anlaß zu den wildesten Gerüchten, die sich bis zu der Prophezeiung steigerten, daß die Schlesische Sozialdemokratie vor dem inneren Zusammenbruch stände, daß namhafte Parteigenossen bereit seien, zu den altsozialistischen Renegaten Sachsens überzugehen. Sie haben sich getäuscht, diese voreiligen Prophezeien. Wer nicht von wüstem Haß verblindet, die sachlich und kameradschaftlich geführten Debatten unseres gestrigen Mittags beendeten Bezirks-Parteitages verfolgte, wer vor allem die nach Zehntausenden zählenden Züge gesehen hat, die gestern aus Breslau und seiner Umgebung zum Messehof zogen, um dort in einer Internationalen Kundgebung den unerschütterlichen Kampfwillen der Sozialdemokratie Seite an Seite mit den Klassengenossen der angrenzenden Länder, mit den Klassengenossen der ganzen Welt zu bekunden, der weiß, daß die zentralistisch-kommunistische Sensationsmacherei, bei der allzu deutlich der Wunsch der Vater des Gedanken war, in das Reich der Fabel gehört.

Siehe sich auch die Mehrzahl der unübersehbaren Menge im wesentlichen aus unserer Breslauer Mittelschicht zusammen, so wären die Genossen aus der Umgebung, aus Glogau, aus Deutsch-Witzsch, aus Tschornitz und vielen anderen Orten zu hoch herbeizählen, um mit zu demonstrieren, um mit der Kampfkraft der sozialistischen Arbeiterschaft zu erweisen.

Geführt von zahlreichen Kapellen, wälzten sich in den Anfangsstunden des Nachmittags die endlos scheinenden Züge aus der Stadt und den umliegenden Ortschaften durch Breslau. Nicht Dampf und gleichgültig, wie die von der wirtschaftlichen Macht des Gutscherrn gepredigten Landproleten und Handwerker in der Landbunndemonstration am vergangenen Montag, frei im Geiste, selbstbewußt den gewaltigen gegnerischen Mächten trotzend, marschierten, dem Rufe der Sozialdemokratie Folge leistend, 25.000 Proletarier auf und füllten den riesigen Raum des Messehofes bis auf den letzten Platz. Lange dauerte es, bis die gewaltige organisierte Arbeit dieses Massenaufmarsches in einem geschlossenen Raume beendet war und

Genosse Mahe
mit Hilfe eines Megaphons, um sich der unübersehbaren Menge verständlich zu machen, nach einem Gelangsvortrag des Volkschors, das Wort ergriß, um zu erklären, daß die mittelschlesische Sozialdemokratie im Anschluß an ihren Parteitag mit dieser Kundgebung den

Wahlkampf eröffnet.
Diese gewaltige Demonstration der Breslauer Arbeiterschaft ist die Antwort auf die Kundgebung des Landbundes, Antwort an diejenigen, die uns uneinig und schwach wädhnen. Sie ist aber auch ein Bekenntnis zur Internationale, eine Internationale Kundgebung, in der wir zu unserer Freude zwei Genossen aus dem benachbarten Ausland, den Genossen Sejmabgeordneten Pragier aus Warschau, in Vertretung der Polnischen Sozialistischen Partei und den Genossen Hebauer, Prag, in Vertretung der Sozialistischen Partei in der tschechoslowakischen Republik, begrüßen können. (Beifall.) Dann sprach

Genosse Hebauer, Prag:
Parteigenossinnen und Genossen! Für jeden deutschen Sozialisten aus der Tschechoslowakei ist es eine besondere Freude, diese stolze Kundgebung in der Geburtsstadt Kaslawitz mitzuerleben, denn auch wir fühlen uns mit dem großen Vorkämpfer der deutschen Sozialdemokratie verbunden; auch zu uns, schlugen einst über die Berge die Wogen der Kaslawitzer Agitation, und in der deutsch-böhmischen Ortschaft Witzsch wurde eine der ersten Ortsgruppen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gegründet. Seither hat die Reichsdeutsche Arbeiterbewegung der jüdischen deutschen Arbeiterschaft unendlich viel gegeben. Ihr habt uns für den Sozialismus zu kämpfen gelehrt. Als Gegenleistung bringen wir euch heute die Bewirkung des

Internationalen Gehaltens
in unserem Lande, die Vorkämpfer von dem Zusammenschluß der sozialistischen Parteien aller Nationen in der Tschechoslowakei, denn ich spreche hier nicht nur im Namen der deutschen, ich spreche heute auch im Namen der tschechischen, der slowakischen, der polnischen und der magyarischen Arbeiter der tschechoslowakischen Republik. (Beifall.) Der internationale Bürgerblock, der Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien aller Nationen zu gemeinsamen Ausarbeitungen und Interessenspolitik hat diesen Zusammenschluß der Sozialisten zur unüberwindlichen Fronten gemacht. Auf dem Kongreß der sozialistischen Parteien in Rom haben wir im vergangenen März viel, vielen, vielen Jahren die Arbeiter aller Nationen, die in diesem Nationalkongreß leben. In dieser Internationale der proletarischen Lagerarbeit ist nun die Schmachtlauender Proletarier unserer Staatsgebets zur Wirklichkeit geworden. Seither marschieren wir gemeinsam von Witzsch zu Witzsch, Neben oder auch schiffalsverbunden mit euch im Reiche, erwarten in lieberster Spannung das Ergebnis der Kämpfe, die der tschechoslowakischen Sozialdemokratie bevor-

stehen. Die Niederrichtung des Bürgerblocks bei euch ist auch ein Schlag gegen den Bürgerblock bei uns.

Schiffalsverbunden,
seit es eine Arbeiterbewegung gibt, teilen wir mit euch im Geiste Sieg und Niederlage, Freude und Leid. Heute können wir euch als große Volkshilfe nur den Zusammenschluß der tschechoslowakischen Parteien bringen, die sich über Sprache und Wohnort, über die Verschiedenheit der geschichtlichen Entwicklung hinweg geeinigt haben, um mit euch mit den Genossen der ganzen Welt

Bauarbeiter der gemeinsamen Zukunft
der Arbeiterklasse zu sein, indem ich euch in ihrem Namen die Glückwünsche zu euren bevorstehenden Wahlkämpfen überbringe, grüße ich euch mit unserem Grüße

„Freundschaft“.
Nachdem der tosende Beifall der Versammlung sich gelegt hatte, ergriß nun der Sejmabgeordnete

Genosse Pragier, Warschau,
das Wort. Um uns die freundschaftlichen Grüße der polnischen, in der Polnischen Sozialistischen Partei organisierten Arbeiterschaft zu überbringen (Beifall) und von dem trotz Terror und unendlicher Schwierigkeiten errungenen Wahlsieg der polnischen und deutschen Sozialisten in Polen zu berichten. Schulter an Schulter haben wir mit den deutschen Genossen in der polnischen Republik, die nun zwei Sitze in unserer Sejmfraktion innehaben, gegen Terror und Unterdrückung gekämpft und unsere Parlamen-

tion auf anderthalb Millionen zu steigern vermocht. (Lebh. Beifall.) Wir haben einen herrlichen Sieg errungen, sind uns aber auch voll bewußt, welche Verantwortung dieser Sieg uns im

Kampfe um den Weltfrieden
auferlegt, des Weltfriedens, der nur die Kraft des organisierten Proletariats zu schenken im Stande ist. Die Arbeiterschaft, die überall den größten Blutopfer an den Moloch Krieg zu entrichten hat, ist am meisten an der Erhaltung des Friedens interessiert. Nur ihr rücksichtsloser Kampf kann uns den Frieden sichern, nur die Macht der deutschen und polnischen Sozialisten die Beziehungen unserer Staaten befrieden und die Arbeit des Völkerbundes fruchtbar gestalten. Oft tauchen in unseren Reihen Zweifel über die Wirksamkeit des Völkerbundes für den Frieden auf. Doch

der Völkerbund
hatte einst im Genfer Protokoll eine wirksame Garantie für den Frieden der Völker geschaffen, als die bedeutendsten Staaten Europas, vor allen Deutschland und England, unter dem vorherrschenden politischen Einfluß der Arbeiterschaft standen. Die Zeiten haben sich geändert. Aber wir müssen zurück zum Genfer Protokoll, zu planmäßiger Arbeit für den Frieden im Völkerbund, um so die Kräfte des Krieges zu bannen. Der Internationale der Arbeit steht die Internationale des Kapitals,

die Internationale der Nationalisten
gegenüber, die in Polen und Deutschland hegen. Es braucht nur in Deutschland irgendwo etwas gegen Polen geschrieben werden, (Fortsetzung nächste Seite.)

Finanzstandal bei der Provinzialverwaltung

Beamte der Provinzialverwaltung Niederschlesiens verschleudern das Vermögen der Provinz und arbeiten in die eigene Tasche.

Herr von Thier macht dem Provinzialauschuh Vorlagen, die die Unwahrheit sagen.

Die Schlesische Provinz-Korrespondenz gibt in ihrer Ausgabe vom 17. März folgende sensationelle Meldung der demokratischen „Berliner Morgenpost“ wieder:

Auffsehen erregende Mitteilungen über recht merkwürdige finanzielle Vorläufe bei der Niederschlesischen Provinzialverwaltung in Breslau veröffentlicht heute die „Berliner Morgenpost“. Die Provinzen Nieder- und Oberschlesien sollen am sechs bis sieben Millionen Reichsmark geschädigt worden sein. Ueber die Art, wie diese außerordentlich hohen Verluste entstanden sein sollen, schreibt das Berliner Blatt folgendes:

„Bei der jetzt zu Ende gehenden finanziellen Auseinandersetzung zwischen den Provinzen Niederschlesien und Oberschlesien ist man auf sehr eigenartige finanzielle Vorgänge in der Provinzialverwaltung Niederschlesiens gestoßen, die augenblicklich vor einem Staatskommissar untersucht werden. Es handelt sich darum, daß die bisher von der Provinz Niederschlesien verwalteten 40 Fonds, darunter eine große Zahl von Stiftungen, in der für die Auseinandersetzung der beiden Provinzen bestimmten Festsetzung mit insgesamt nur 2020 Mark erscheinen, während das Vermögen dieser Stiftungen und Fonds rund 70 bis 80 Millionen Mark betragen hat. Wenn diese Summe durch die Inflation auch stark zusammengeschrumpft ist, müssen doch immer sechs bis sieben Millionen Vermögenswerte vorhanden sein. Es scheint nun, als ob Beamte der Provinzialverwaltung Niederschlesiens mit dem Sitz in Breslau im Sommer 1923 ein diese Mittel enthaltendes Aktienpaket verkauft haben, und diese Beamten sollen dann am Nachmittage des gleichen Tages das ganze Aktien- und Pfandbriefpaket für sich persönlich zurück erworben haben. Der Verkaufspreis betrug 149 000 Goldmark, aber aus von diesen 149 000 Goldmark ist in der Kasellung für die Auseinandersetzung abgesehen von den 2020 Mark, nichts zu finden. Der Betrag scheint zum allergrößten Teil falsch verbucht worden sein. Zwei Beamte des Staatskommissars, die die Dinge aufklären sollten, haben nach acht tagigen Bemühungen ihre Arbeit als ausichtslos einstellen müssen, da sie sich in den Büchern nicht zurechtfinden.“

Wir geben diese Mitteilungen wieder, obne daß es uns jetzt möglich ist, sie in allen Einzelheiten nachzuprüfen. Doch sie sind aus der Luft gegriffen scheinen, geht schon aus dem sich offenbar auf genaue Unterlagen stützenden einzelnen Zahlenmaterial hervor. Doch, etwas in den bis jetzt von der

Niederschlesischen Provinzialverwaltung für die beiden Provinzen gemeinsam verwalteten Finanzen nicht in Ordnung ist, steht auf alle Fälle fest. Die „Berliner Morgenpost“ teilt nämlich weiter mit, daß die Oberschlesische Provinzialverwaltung in Ratibor die endgültige Abrechnung mit Niederschlesien nur unter Vorbehalt angenommen habe. Auf Erkundigungen in Ratibor wird diese Tatsache nicht abgestritten.

Es scheint höchst merkwürdig, daß man in dem unmittelbar betroffenen Gebiet erst auf dem Umweg über Berlin von solchen uns doch sehr angehenden Dingen erfahren. Wir erwarten, daß nunmehr der Auseinandersetzungs-Kommissar, Oberpräsident Meier-Potsdam klar feststellt, zu welchen Ergebnissen die nach der Berliner Meldung von ihm eingesetzten Regierungskommissare gekommen sind und wie weit die Mitteilungen aus Berlin durch Tatsachen belegt sind. Auch der niederschlesische Landeshauptmann von Thier sollte sich möglichst rasch zu diesen Mitteilungen äußern; die ja recht schwere Vorwürfe gegen die von ihm geleitete Behörde enthalten. Hoffentlich wird der in nächster Zeit zusammentretende Niederschlesische Provinzialauschuh und auch der Provinziallandtag energisch eine Aufklärung der Dinge fordern, die nicht gerade geeignet sind, das Ansehen der Niederschlesischen Provinzialverwaltung in der Öffentlichkeit zu erhöhen. Sollten tatsächlich die finanziellen Transaktionen in der angegebenen Form vorgenommen worden sein, dann ist wohl die unverzügliche Einsetzung einer Untersuchungskommission selbstverständlich, die die schuldigen Beamten zur Rechenschaft zieht.

Kr. Das Vorstehende konnten wir schon am Sonntag vormittag durch Extrablatt in der Stadt bekanntmachen. Heute sind wir in der Lage, noch einige Ergänzungen zu den Enthüllungen der „Berliner Morgenpost“ zu geben. Danach kann gar kein Zweifel mehr daran bestehen, daß die Enthüllungen der Berliner Morgenpost vollkommen zutreffen. Es ist kein geringerer als der Landeshauptmann der Provinz Oberschlesien selbst, der in einem Schreiben vom 12. März an den Abwicklungs-Kommissar zur Bestreitung der Rechte und Pflichten der früheren Provinz Schlesien, Herrn Oberpräsidenten Dr. Raier in Charlottenburg, feststellt, daß die bisherigen Feststellungen ergeben haben, daß die Sachlage bei

Fonds (die das Vermögen der Provinz Niederschlesien bildeten, Ann. d. Red.) den provinziellen Vorschriften zuwider ohne Genehmigung der zuständigen Organe angegriffen worden ist. Der Verkauf ist fast durchweg unter Überachtlaffung aller bestehenden Bestimmungen von mittleren Kassenbeamten bewirkt worden. Ordnungsmäßige Kassenbelege (Ausgabe- und Einnahme-Anweisungen) sind nur in den seltensten Fällen vorhanden. Die Buchungen sind vielmehr fast durchweg nur auf Grund der Vermerke (Zettel) der mittleren Kassenbeamten erfolgt. Nach Lage der Sache können die fraglichen Bücher der Landeshauptkasse als „beweiskräftige amtliche Unterlagen“ nicht angesehen werden. Dazu kommt,

dass die Beamten, welche die Unterlagen ausgefertigt haben, Effekten in erheblichem Umfange selbst erworben und in eigenen Geschäften dienstlich gezeichnet haben.

Jeden eine Kontrolle der Behörde in bezug auf diese Geschäfte war bisher nicht festzustellen. Es fehlen die Richtigkeitsbescheinigungen, es fehlt aber auch die Rechnungsrevision auf Grund der Belege. Die Art und Form der Verkäufe muß als völlig unverständlich angesehen werden.

Tatsächlich ist also festgestellt worden, daß in der Vermögensverwaltung der Provinz Niederschlesien eine vollkommene Korruption herrscht,

gegen die auch der Leiter der Provinzialverwaltung, der Landeshauptmann von Niederschlesien, nichts unternommen hat. Es ist dies schon der zweite Fall, in dem Unregelmäßigkeiten und Korruption in größtem Ausmaß in der Provinzialverwaltung der Provinz Niederschlesien bzw. in den ihm angegliederten Behörden und öffentlich rechtlichen Körperschaften festgestellt wurden. Wir erinnern daran, daß gerade vor einem Jahre, ebenfalls kurz vor Zusammentritt des Provinziallandtages, die Schweineereien bei der „Schiffhilfe“ aufgedeckt wurden. Diesmal scheint die Sache noch viel schlimmer zu sein; denn

hier ist durch die Korruption einer ganzen Reihe von Beamten der niederschlesischen Provinzialverwaltung das ganze Vermögen der Provinz aus früherer Zeit vernichtet worden.

Einer, der an den Mischgeschäften an dem Wirtschaften der Beamten in die eigene Tasche mit am meisten beteiligt ist, ist der Kassendirektor Heinrich. Diesen Beamten beschuldigt der Landeshauptmann von Oberschlesien, daß er u. a. auch Papiere, die der Kommunalbank zum Verkauf eingekauft worden und von dieser abgeschrieben waren, wieder zurückgekauft und selbst erworben habe. Dabei stellt der Landeshauptmann von Oberschlesien fest, daß die „Verkäufe nach der bisherigen Methode“ nichts eingebracht, vielmehr nur große Arbeit verursacht haben. Der Erlös am Tage der erfolgten Eingekäufe oder Geschäftstagen bedeutete in den meisten Fällen nicht einen Pfennig.“ Infolgedessen beantragt der Landeshauptmann von Oberschlesien auch die Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Kassendirektor Heinrich. Nach Feststellung des Landeshauptmanns von Oberschlesien „besteht der begründete Verdacht, daß Heinrich die Provinzialverwaltung in der Absicht, sich und Dritten (seiner Mitbeamten) einen Vermögensvorteil zu verschaffen unter Überachtlaffung aller maßgebenden Bestimmungen gehandelt hat.“

Die speziellen Unterlagen für die Beschuldigungen des Landeshauptmanns von Oberschlesien gegen die Provinzialverwaltung von Niederschlesien sind niedergelegt in einer Denkschrift des Landeshauptmanns vom 1. März d. J. Daraus geht unter anderem hervor, daß das Vermögen der Provinz infolge schändlichen Handelns der Beamten verloren gegangen ist. Das Vermögen der früheren Provinz Schlesien betrug im Jahre 1923 in 78 Fonds, die hoch dotiert waren. Das Vermögen war fast durchweg in Wertpapieren angelegt. Zum Zwecke der Auseinanderlegung der beiden Provinzen mußten diese Fonds aufgelöst werden. Am 14. November 1923 waren die Effekten bereits fast alle verkauft, ohne daß man den Provinzialauschuß davon in Kenntnis gesetzt hat und obwohl das dem Beschluß des Provinzialauschusses zuwider lief, der am 14. November gefaßt wurde, also vor allen Dingen u. a. die Überhaupt über die Art der Auflösung von der zuständigen Instanz,

nämlich dem Provinzialauschuß, Beschluß gefaßt worden war. Die Effekten wurden fast durchweg im Juli und August 1923 verkauft. Die Provinzialauschlußvorlage besagt darüber trotzdem nichts. Die Vorlage ist vielmehr so gehalten, als wenn die Fonds noch bestünden. Hieraus geht hervor, daß also auch der Landeshauptmann der Provinz Schlesien, Herr v. Thaez, den Provinzialauschuß im Jahre 1923 getäuscht hat. Die Sache ist umso skandalöser, als auch zum großen Teil die Effekten derjenigen Fonds verkauft worden sind, die nach dem Beschluß des Provinzialauschusses überhaupt nicht aufgelöst werden sollten. Der Verkaufserlös war ganz gering und betrug nur 2000 Goldmark. Die Verkaufsaufträge an die Banken sind nur von den mittleren Kassenbeamten gezeichnet worden. Eine ganze Anzahl von Provinzialbeamten hat sich an den Verkäufen beteiligt, vor allem der Kassendirektor Heinrich. Herr Reichert von der Kommunalbank Breslau hat in Gegenwart des Landesrates Werner bestätigt, daß Heinrich Privatgeschäfte getätigt habe und glaubt, sich erinnern zu können, daß es sich dabei um 1 1/2 Millionen Papiermark Effekten handelte, für die Heinrich etwa 140 000 Goldmark erhalten hat, während das ganze Effekten-Vermögen der Provinz ihr nur 2000 Goldmark eingetragen hat. Der Verkauf der Effekten ist um so bedenklicher,

als zurzeit des Verkaufs bereits das Problem der Aufwertung in ganz Deutschland besprochen wurde und daher die Aussicht auf Aufwertung schon bestand.

Mit diesen Angaben soll es für heute genug sein. Wir haben uns inzwischen eingehend informiert und sind in der Lage, wenn es gewünscht wird, noch weitere Einzelheiten zu bringen. Wir erwarten aber, daß die Aufsichtsbehörden des Staates unerbittlich und mit aller Energie eingreifen und daß auch der Provinziallandtag, der in den nächsten Tagen zusammentritt, mit aller Energie in dieses wilde Korruptionsnest der Provinzialverwaltung in der Provinz Niederschlesien eingreift und die beteiligten Beamten rückstandslos der Staatsanwaltschaft anzeigt. Wir müssen auch verlangen, daß der Landeshauptmann von Niederschlesien, Herr v. Thaez, der für diese Dinge verantwortlich ist und, wie aus den mitgeteilten Tatsachen sich ergibt, selbst persönlich an diesen Dingen beteiligt ist, sofort von seinem Amt suspendiert wird und daß eine Zinllage gegen ihn, wie gegen den Kassendirektor Heinrich, eingereicht wird auf Ersatz des unter seiner dienstlichen Leitung verfallenen Vermögens. Zu diesem Zweck wäre auch sofort Arrest auf Thaez und Heinrichs Vermögen zu legen. Das ist das mindeste, was geschehen muß, wenn der Staat durch die Betrügereien der beteiligten Beamten nicht dauernd geschädigt werden soll.

Die Rundgebung im Messehof.

Schluß des Berichts von Seite 1.

damit in Polen die bei Reaktion dienstharen Mütter es für ihre Zwecke, für ihre Hege ausnützen. Doch die Kraft der deutschen Sozialdemokratie wird diesen Gefahren zu begegnen wissen. Wir haben nie geglaubt, daß Deutschland reiflos von Reaktion beherrscht werden kann. Wir wissen daher das Schicksal an unserer Grenze in den Händen unserer Freunde gut aufgehoben, sind in Polen besetzt von der Überzeugung, daß ewig der Sieg, der Sieg, der auch unter Sieg ist, sein wird, der Sieg, den ich auch im Namen der Polnischen Sozialistischen Partei wünsche, indem ich rufe:

Es lebe die Sozialdemokratie;
Es lebe der Friede!

Und den Worten des Genossen Pragier folgte reicher Beifall, worauf, von den Versammelten lebhaft begrüßt,

Genosse Paul Röbe

die Tribüne bestieg und das Wort ergriff: Kampfgenossen! Die Notwendigkeit, angesichts der riesigen Versammlung durch dieses Sprachrohr sprechen zu müssen, veranlaßt mich, nur wenige Worte zu sagen.

Vor 80 Jahren

kämpfte heute das Bürgertum um die Pressefreiheit, für die politische Vertretung des Volkes gegen die Privilegien des Adels und gegen die Monarchie, heute findet diese mächtige Herrschaft statt, um diese in einer weiteren Revolution gesicherten Rechte für den niedersten Stand, um gleichen Anteil an der Erbs Glück und der Sonne Frucht für alle Volksgenossen zu fordern und zu sichern. Wir führen diesen Kampf gemeinsam mit den Arbeitenden des schlagenden Landes. Herr v. Richthofen will die Bauern revolutionisieren.

Sat, wir haben nichts dagegen, daß sie kommen werden. (Beifall.) Wenn die Bauern in die Städte kommen, werden die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die beschloßenen Proletariat ihre Türen öffnen und ihnen sagen:

„Seht, hier ist nichts zu holen.“

Sie werden ihnen ihre Kinder zeigen und ihnen sagen, daß diese kranken, unterernährten Kinder noch viel Eier, viel Butter und viel Milch brauchen können. „Bauern, laßt die Kinder, daß wir sie laufen können!“ (Beifall.) Wir werden ihnen sagen, daß sie in uns Verbündete zu sehen haben, werden ihnen sagen:

„Wollt ihr Land haben, dann geht zur Großgrundbesitzer!“

„Wollt ihr billigeren Preise haben, dann geht zur Industrie!“

„Wollt ihr billigeren Zinsen haben“, dann geht zu den Bankiers, die in der Deutschnationalen Partei sitzen!

Freiherr von Richthofen, hören Sie!

Sie sprechen gegen die Handelsverträge. Diese Handelsverträge wurden alle mit den Stimmen der Deutschnationalen beschloßen.

Sie wenden sich gegen die hohen Steuern. Warum haben Sie nicht auch gesagt, daß diese Steuern mit den Stimmen der Deutschnationalen beschloßen wurden?

Freiherr von Richthofen, hören Sie!

Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.

Copyright 1927 by Knickerbocker Co., Berlin S. 30.

63]

(Nachdruck verboten.)

„Es ist ja sehr schön“, sagte der Vater laut, „wenn sich einer in sein Lebensglück setzt und auswirft, wie der Welt sein sollte, aber das ändert nichts, mein Sohn. Es muß Petroleum geben und wir, die es aus der Erde zu holen verstehen, sind die rechten Leute. Da hoch die Sozialisten und Bolschewiki an, aber bei Gott, halt' dir doch von, wie das wäre, wenn die Regierung die Petroleumgebiete erwerben und ausbauen würde! So viel Geld gibt's in den ganzen Staaten nicht, wie dann für Bestrafungen ausgeben werden würde. Ja, als Innenminister, kann alles beschaffen und weiß, daß alles, was der Regierung überlassen wird, ebenso gut gehandhabt werden kann, wie die Erde vergast werden könnte. Da jetzt vom Gesetz, doch gibt es auch atomare Energie, denn die Regierung ebenfalls läßt sich mit alle anziehen. Nach die Regierung Dummheiten, so erwiderte die Frau eben, wie sie mit ihr fertig werden können, und die Geschäftswelt hat das mit, hat nicht ein Haar glücklicher als die anderen. Wir leben im Petroleumzeitalter. Vermutlich da, das Petroleum der Produktion zu entsprechen, so ist es, als wärd' es in der Kängurubild einzuwachen.“

Es war ein fröhlicher Augenblick im Leben der beiden. Vater riefher vorher etwas daran zurück und machte sich Vorwürfe, weil er damals nicht entschloßener angestanden war. Er wäre mit dem Vater fertig gekommen, hätte er zu sagen gewagt: Vater, ich will nicht die Präsidentenwahl kämpfen. Und da es geriet ihm mit Herrn Foster, so verzog er sich nach unten. Beide von heute an, haben die beiden etwas Neues anzuhaben, jedoch mit einer kleinen Ausnahme. Da sprach das Kind Bertie hysterisch: „Ja, bitte er laß sprechen, der Vater würde nachgeben haben. Er wird sich nicht geschämt fühlen, und auch Herr Foster wäre geschämt worden, aber der Vater hätte nicht zur Wahl des Senators gehting beigetragen.“

„Weshalb ist das?“ Er war nicht glücklich — er sprach das Wort nach zu wenig, da es zu früh war. Bertie sprach zu ihm und sprach, daß er zu wenig sprach, daß er

leicht eine „Arbeit“ haben könnte, die ihm die Unrechtmäßigkeit und den Schaden, die sich für ihn von selbst verstanden, sicherte. Aber er brachte es nicht übers Herz, jemandem wehe zu tun. Das war es, was Paul meinte, indem er behauptete, Bannig sei „richtig“, er brauche sich nicht um die Lage anderer zu kümmern. „Wahrscheinlich der Vater und Herr Foster von Republikanischen Kandidaten hatten wollen, und wenn er wenige Stunden später mit Paul, Bob Foster, Jim Duggan und den anderen „Bolschewiki“ zusammenkam, beging er etwas gut, weshalb die Petroleumarbeiter organisiert und angestrichelt werden und die Quellen dem Vater und Herrn Foster geschlossen werden müßten!“

VI

Bannig lehrte an die Arbeiterklasse zurück. Gegen Gemeinheitskrieg fand in Chicago der Kommerz der Republikanischen Partei statt, mit Instruktionen von Delegierten und Reportern, die der Welt von diesem politischen Ereignis berichteten. Der Kommerz langte in der nächsten Nacht, nachdem eine ungeheure Quantität Tabak, trank ebenfalls viel Alkohol, während in einem Zimmer des Hotelzimmer Hotels die sechs Leute, die die Stimmen kontrollierten, sich tranken und das ihre taten. Kaiser des Millionen Wortes, die der Dank über den Kommerz verbrachte, wurde kein einziges Mal Herrn Fosters Name erwähnt, aber er hatte kein Apparat um den bewußten Zusammenhang, wurde stets die richtigen Angaben, gabte stets an die richtigen Worte, und nachdem unter wieder Aufregung schnell abgemacht wurden war, verließen plötzlich die Stimmen des Generals Leonard Wood, und durch die rechte Abänderung wurde Herr Foster gehting aus dem Kommerz der Republikanischen Partei.

Das Gemisch war wieder. Gegen Aufstehen wurde auch den Fosters, um sich ein Stück der Aufstehungsliste heraus zu holen, das nach Bertie sah. Nach Bertie und ihr Bruder schloßen sich zwei anderen Mädchen an, die in einem kleinen Zimmer an der Tür saßen, und die Aufstehungsliste bei der Hand hatten, unter den Stimmen schloßen und legten sie hin. Bertie, Jim Duggan und andere für die Arbeiterklasse schloßen. Bannig war in der Kommerz der „Kamer“ der einzige, der nicht arbeitete, und der einzige, der nicht sprach, das er sich nicht erregte.

In den ersten Tagen, da er nach der Wahl nicht arbeitete, wurde geschäftig, daß Bannig bei der Arbeit, so er

nur konnte. Damals war er noch ein Kind, und die Leute hatten ihn gern. Jetzt jedoch war er erwachsen und sollte würdevoll sein. Und auch die Gesellschaft war gewachsen, ein ungeheurer Apparat, was jeder seinen Platz hatte und nicht angegriffen werden durfte. Bannig konnte sich nicht einmal um die Pflanzen daheim kümmern, ohne dem Gärtner ins Handwerk zu pflügen. Zwar hatte er beschloßen, einige von Pauls Wässern durchzustudieren, aber er hatte nie gehört, daß man acht Stunden am Tage studieren konnte, und Pauls Arbeit konnte er auch nicht übernehmen, weil er ein zu schlechter Zimmermann war.

Inzwischen gibt es in unserer Welt Menschen, die ununterbrochen arbeiten, während andere die ganze Zeit mit müßigen Spiel verbringen. Ununterbrochen zu arbeiten, ist langweilig, niemand läte es, wäre er nicht dazu gezwungen, aber immer nur spielen, ist ebenso langweilig, und die Leute, die es laten, sprachen nie über Dinge, die Bannig interessierten hätten. Sie rebeten genau so ernst von ihrem Spiel, als wäre es eine Arbeit gewesen: von Tennis, Golf, und Poloturnieren — von allerlei komplizierten Arten, einen kleinen Ball über ein Feld zu treiben. Braucht man Erhaltung und Bewegung, so ist es ja ganz schön, auf den kleinen Golf einzuschlagen, aber daraus einen Lebenszweck zu machen, keine ganze Zeit, alle Gedanken darauf zu verwenden, es gewissermaßen mit religiösem Ernst zu tun, darüber zu lesen und Bücher zu schreiben, kundenlang von nichts anderem zu sprechen! Bannig betrachtete die erwachsenen Männer und Frauen in ihren eleganten Sportkleidern, und ihm schien, sie hätten sich leicht hypnotisiert, um zu glauben, daß sie tatsächlich, ihr Leben genießen.

VII

Bertie unternahm einen letzten Versuch, den Bruder in die richtige Welt des Spiels zu jerten, wohn er kraft seines väterlichen Vermögens und seiner natürlichen Begabung gehörte. Bertie hatte mit Elton Burdick gebrochen. Er sei unaufrichtig, erklärte sie Bannig, wolle immer seinen Willen durchsetzen. Jünglingen hatte sie eine andere, außerordentlich schöne Liebesgeschichte erzählt, Bannig sagte es, weil die Schwester ihm ihre Gefühle gestand. Der junge Mann war der einzige Sohn des verstorbenen Kapitän Norman, des Begründers des „Occidental Steamships“. Charlie sei zwar etwas wild und leichtfertig, sagte Bertie, aber es ungewiss reichlich und so reich wie Bertie.

(Fortsetzung folgt.)

Rußland lenkt ein.

Trotz großer Worte drei Verhaftete Deutsche freigelassen.

Berlin, 17. März. (Eigener Bericht.) Amtliche Meldungen über das Ergebnis des deutschen Schrittes in Moskau lagen bis Sonnabend abend in Berlin noch nicht vor. Immerhin ergeben sich aus den vorliegenden privaten Meldungen einige Anhaltspunkte über den gegenwärtigen Stand der Konflikte.

Es ist zunächst bemerkenswert, daß die von der Sowjetregierung in jeder Beziehung abhängige Presse sich an dem Tage nach der Anklage des deutschen Schrittes zu dieser Aktion überhaupt nicht geäußert hat. Man kann daraus schließen, daß die Sowjetregierung sich zunächst abwartend zu verhalten beabsichtigt. Ueberwiegend ist ferner die Nachricht von der Entlassung des festgenommenen Ingenieurs Goldstein, die allerdings bis Sonnabend abend amtlich noch nicht bestätigt war. Andererseits wird aus privater Quelle über eine ziemlich hochfahrende Sprache berichtet, die von dem russischen Botschaftskommissar des Auswärtigen gegenüber dem deutschen Botschafter geführt worden sein soll. Das entspricht der üblichen bolschewistischen Methode vor einem geplanten Rückzug.

Jedenfalls scheint man in Moskau den Ernst der Situation begriffen zu haben. Auch der Versuch, nach außen hin den sowjetrussischen Rechtsstandpunkt aufrecht zu erhalten oder gar mit Redensarten Deutschland für den vorläufigen Verzicht auf die Fortsetzung der Wirtschaftsverhandlungen verantwortlich zu machen, ändert daran nichts. Wenn jemand ein Interesse daran hätte, die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zu sabotieren, so war es höchstens Sowjetrußland selbst. Die Vermutung ausländischer Blätter, daß der Konflikt von russischer Seite künstlich herbeigeführt worden ist, um die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen zu sabotieren, ist deshalb nicht ganz von der Hand zu weisen.

Es ist im übrigen nicht verumwerflich, wenn in der bolschewistischen Presse aller Länder auch jetzt wieder der alte Gebrauch auftritt, daß die gegenwärtige Spannung zwischen Berlin und Moskau ein neuer Beweis für eine von Deutschland ausgehende westliche Orientierung ist. Dieses Lied ist von Moskau aus so oft gesungen worden, daß kaum noch ein vernünftiger Mensch daran glauben dürfte. Die Außenpolitik der Deutschen Republik ergibt sich nach wie vor aus der Natur der Dinge. Sie läuft darauf hinaus, die Beziehungen zu den westlichen Ländern zu verbessern und die vertraglichen Bindungen der Sowjetunion gegenüber gewissenhaft einzuhalten. Wenn trotzdem in das deutsch-russische Verhältnis ein Mißton hineingetragen worden ist, so liegt die Schuld dafür nicht bei Deutschland. Wer das Gegenteil behauptet, begeht eine groteske Umkehrung der Logik.

Die aller nächste Zeit wird jedenfalls zeigen, in welcher Weise man in Moskau den von der Sowjetregierung heraufbeschworenen Konflikt mit Deutschland zu Ende führen will. Angenehm ist die Situation für Moskau keineswegs. Man kann es

deshalb zur Not verstehen, wenn die russische Regierung versucht, sich möglichst ohne große Auswirkungen innen- und außenpolitischer Art aus der peinlichen Affäre zu ziehen. Aber die Bestrebungen, dabei gleichzeitig neue demagogische und ungetreute Anschuldigungen gegen Deutschland zu erheben, werden von deutscher Seite entschieden zurückgewiesen werden müssen.

In Berliner unterrichteten Kreisen verlautete am Sonnabend abend, daß inzwischen auch der von der Sowjetregierung in Haft genommene Montieur Wagner auf freien Fuß gesetzt worden ist. Eine amtliche Bestätigung dafür war jedoch nicht zu erlangen.

Berlin, 19. März. (Eig. Funfbericht.) Die Sowjetregierung hat von den verhafteten deutschen Ingenieuren und Monteuren bisher trotz des deutschen Protestes nur drei auf freien Fuß gesetzt. Das sind der Ingenieur Goldstein, der bereits in den nächsten Tagen Rußland verlassen wird, und der Montieur Wagner, der ebenfalls die Rückreise nach Deutschland im Laufe dieser Woche anzutreten gedenkt. Der deutsche Ingenieur Otto wurde nur unter der Voraussetzung aus der Haft entlassen, daß er Rußland zunächst nicht verläßt und sich zur Verfügung der Gerichtsbehörden hält. Außer den drei deutschen Angeklagten sind inzwischen auch vier verhaftete russische Ingenieure aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Mehr als 50 befinden sich jedoch zurzeit noch im Gefängnis.

Inzwischen ist der Diplomingenieur der A.G. Hille, der seit Monaten im Auftrage seiner Firma in Rußland gewirkt hat und der Verhaftung eines Teiles seiner Kollegen beizuhelfen, in Berlin eingetroffen. Er schildert in einem Berliner Montagsblatt die einzelnen Vorgänge bei der Verhaftung und stellt u. a. fest, daß die politische Polizei anfanglich selbst nicht gewußt hat, warum ihr der Auftrag zur Verhaftung der deutschen Angestellten gegeben worden war. Erst als alle deutschen Beamten und Angestellten in Kabinetsarrest in den Proteststreik getreten waren, habe man Ursache und Zweck der polizeilichen Maßnahmen erfahren.

In Leningrad wurden in den letzten Tagen eine ganze Reihe von Protestkundgebungen gegen Deutschland veranstaltet. Man protestierte vor allem gegen den „unbegründeten Abbruch der wirtschaftlichen Verhandlungen“ und gegen „die Versuche der kapitalistischen Regierungen, Botschaften darüber machen zu wollen, wie Rußland seinen Kampf gegen die konterrevolutionären Elemente zu führen habe“. Das Ende der Verhandlungen bildete jeweils die Annahme von besonderen Entschuldigungen, in welchen die strengste Bestrafung der Verhafteten ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit gefordert wird.

Die Deutschnationalen in Not.

Die Arbeiter laufen ihnen davon.

Berlin, 19. März. (Eigener Funfbericht.) In der heutigen „Welt am Montag“ wird über eine angebliche „Geheimführung“ der Deutschnationalen Arbeiterführer berichtet. Die Sitzung soll am 10. März im Hause des Reichslandhundes in Berlin unter dem Vorsitz des Grafen Westarp stattgefunden haben. In ihr nahmen nach der „Welt am Montag“ alle maßgebenden nationalen Arbeiterführer, wie der Freund des Feme-mörders Schulz, Behrens, und der Vorsitzende des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, Lambach, teil.

Im einzelnen berichtet die „Welt am Montag“ darüber: „Alle Arbeiterführer betonten übereinstimmend, daß sie ihre Leute nicht mehr bei der Stange halten könnten, wenn die Deutschnationale Partei nicht umgehend und noch vor den Wahlen ein „soziales“ Programm aufmache. Es wurde vor allem Dingen gefordert, daß man den Achtstundentag als Prinzip anerkennen solle. Ferner wurde von den Landarbeitern dringend „gebeten“ auf ein Verbot der polnischen Saisonarbeiter hinzuwirken, da hierdurch die Stimmung unter den deutschnationalen Arbeitern in Ostdeutschland stark beeinträchtigt würde. Ebenso wurde einstimmig gefordert, daß die Parteileitung von den gelben Gewerkschaften abtrüben solle. Als hauptsächlichster Punkt wurde dann die Forderung der Berücksichtigung der deutschnationalen Arbeiter bei der Mandatsverteilung vorgetragen.

Graf Westarp versprach weitgedehnte Abzügen, hat jedoch eindringlich, mit einer öffentlichen Opposition bis nach den Wahlen zu warten, da man die Hauptaktion auf das Land verlegen müsse. Er ermächtigte aber die örtlichen Arbeitervertreter, ihren Organisationen in seinem Namen, die nachvollziehende Berücksichtigung aller ihrer Forderungen zu versprechen. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß die Parteileitung eine Broschüre für die Wahlen vorbereitet, in der die Verdienste der deutschnationalen Regierungsvorleiter um die soziale Lage der Arbeitnehmer im schwarz-weiß-roten Lager anschaulich dargestellt werden.

Bei dieser Versammlung wurden gleichfalls neue Richtlinien über die zukünftige Politik der nationalen Gewerkschaften aufgestellt. Hier betonte besonders der Führer des deutschnationalen Oppositionsblocks, daß der Kampf in erster Linie gegen die grünen Gewerkschaften geführt werden müsse, die man zu nationalisieren habe. Man wies u. a. darauf hin, daß z. B. die Verwirklichung des grünen Arbeiterverbandes in Berlin den Zentrumskreisen abgenommen und den Deutschnationalen übertragen werden sei. Es wurde zu diesem Zweck auch vorgeschlagen, den Kampf gegen Imbisch und Stegerfeld mit allen Mitteln durchzuführen, um diese bei ihren Gewerkschaften zu diskreditieren.

Wann greift die Regierung durch?

Neue Drohungen des Landbundes.

Berlin, 19. März. (Eigener Funfbericht.) Die Gefährdung des Reichslandbundes durch die nach einer Meldung eines Berliner Montagsblattes der unabhängige Finanzrat ein Ultimatum gestellt, das den Forderungen für die Bezeichnung von Reaktionen eine Frist von 24 Tagen setzt, den Ernst der Situation betont und mit dem Hinweis, daß man sich Zwangsmaßnahmen nicht länger gefallen lassen werde, den Steigerfeldt angeht.

Es wird langsam Zeit, daß gegen diese Landbunde auch von den maßgebenden Stellen des Reiches eingegriffen wird. Schon machen sich die Folgen dieses wahnwitzigen Treibens bemerkbar. Berliner Mittelständler haben z. B. am Sonntag verlor, das Beispiel der Landbändler nachzuziehen. Warum auch nicht? Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Sie sind zwar nicht vor die Wohnung des Oberbürgermeisters Soesch gezoget, wohl aber vor die Wohnung des Stadtkammerers Lange, um den Steuerfiskus und ähnliche Dinge unanständig zu machen. Wo soll das hinführen? Was die Landbändler, Schlächtermeister und Restaurateure in Berlin können, ist schließlich auch den deutschen Arbeitnehmern möglich. Wehe der Regierung, die in Anbetracht dieser Ansichten nicht rechtzeitig einer gegen den Staat gerichteten Frege entgegentritt.

Otto Braun verfassungstreu — Hindenburg verfassungsfeindlich.

Otto Braun lehnt den afghanischen Ober ebenfalls ab. — Hindenburg nimmt ihn an.

Berlin, 19. März. (Eigener Funfbericht.)

Ein Teil der Berliner Rechtsprelle hat am Sonntag die Behauptung aufgestellt, daß auch dem preussischen Ministerpräsidenten von afghanischen Gesandtschaft in Berlin der Herrschaftsmonat von Afghanistan angeboten worden sei und Braun dieses Angebot angenommen habe. Ein Angebot ist in der Tat gemacht worden, aber Braun hat die ihm zugesandte „Werde“ ebenso höflich und entschieden abgelehnt wie der Reichspräsident Loh. Das erklärt die demokratische Presse über den Berliner Oberbürgermeister Soesch, der die über ihn verbreitete Nachricht infolge Abwesenheit bisher nicht persönlich demarkieren konnte. Wichtig ist dagegen, daß auch Hindenburg den Orden und den Titel angenommen und damit wieder einmal die Reichsverfassung verletzt hat.

Die Reichsamnestie abgelehnt.

Die Deutschnationalen schühen die Feme-mörder.

Berlin, 17. März. (Eig. Bericht.) Im Rechtsauschuß des Reichstages wurde am Sonnabend bei der Gesamtstimmung der § 1 des Amnestiegesetzes gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Damit ist bis auf weiteres das ganze Gesetz hinfällig geworden.

Die Beratungen des Ausschusses erstreckten sich zunächst auf einen sozialdemokratischen und einen deutschnationalen Antrag. Nach dem Antrag Landsberg-Rosenfeld (Soz.) soll Straferlass gewährt werden für Strafen, die von Gerichten des Reiches und der Länder verhängt worden sind wegen Straftaten, die in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhange mit dem politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Kampf begangen wurden. Der deutschnationale Antrag soll Straferlass gewähren für die Strafen, die von Gerichten des Reiches und der Länder wegen politischer Vergehen verhängt worden sind. Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, der deutschnationale Antrag mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 6 Stimmen der Mittelpartei bei Stimmenthaltung der Demokraten angenommen. Als Abfug 2 des § 1 des Amnestiegesetzes hatten die Kommunisten beantragt, von der Straferlass diejenigen auszunehmen, die sich an Mordtaten oder Mordverschwörungen beteiligt haben, die Organisationsleiter sind.

Das Notprogramm vor dem Reichstag.

Der sozialpolitische Teil verabschiedet.

Berlin, 17. März. Auf der Tagesordnung des Reichstages steht die zweite Beratung der Vorlagen aus dem Notprogramm, die den Sozialrentnern der Invaliden-, Angefallenen- und Anwartschaftsversicherungen Aufbesserungen gewähren.

Der Ausschuh hat den Vorlagen zugestimmt und legt dazu Entschuldigungen vor, in denen verlangt wird, daß den Sozialrentnern die Aufbesserung nicht durch entsprechende Kürzung der Fürsorgeleistungen verloren geht, daß eine angemessene Erhöhung der Versicherungsgrenze bei der Angefallenenversicherung vorgenommen und dem Reichstag mitgeteilt wird, unter welchen Voraussetzungen bei der Angefallenenversicherung die Altersgrenze auf 60 Jahre und die Wartezeit auf 60 Pflichtbeitragsmonate herabgesetzt werden kann.

Abg. Karsten (Soz.)

erklärt, die Sozialdemokratische Fraktion müsse die Schuld für die längliche Rentenaufbesserung abnehmen. Die Verantwortung hätten allein die Regierungsparteien zu tragen: Wie hat der Reichstag, daß eine Wirtschaft, die nicht imstande ist, die Arbeitslosen gegen Hunger und Not zu schützen, krank ist. Wie lange soll dieser Zustand noch andauern? Die Rindergeher der Arbeitslosen sind viel zu gering. Wir beantragen ihre Erhöhung von 7,50 auf 12 Mk. monatlich. Die Regierungsparteien haben nur eine Erhöhung auf 10 Mark beifollos, obwohl sie in Anträgen die Notwendigkeit der Unterstützung der linderreichen Familien anerkannt haben. Der Kampf der Sozialdemokratischen Fraktion um eine Verbesserung der Lage der Arbeitslosen wird im neuen Reichstag fortgesetzt werden.

Abg. Frau Wendler (Komm.) bezeichnet die Vorlagen als eine Verhöhnung der Sozialrentner. — Abg. Effer (Ztr.) tritt für die Vorlagen ein und bittet um Annahme der Ausschuh-Entschuldigungen. — Abg. Döbrich (Chr. Nat. Bauernpartei) lehnt die Vorlagen ab. — Abg. Jiegler (Dem.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Döbrich.

Nach Ablehnung der sozialdemokratischen und kommunistischen Änderungsanträge werden die Vorlagen in zweiter und dritter Lesung mit den Ausschuh-Entschuldigungen angenommen.

Es folgt die erste Beratung der Vorlage des sozialpolitischen Ausschusses, wonach die Krisenunterstützung über den 31. März hinaus um drei Monate verlängert werden soll. — In einer Entschuldigungs wünsch der Ausschuh eine Ausdehnung der Krisenunterstützung auf weitere Berufsgruppen in Kolonialgebieten.

Abg. Brey (Soz.)

schildert die Not der ausgebeuteten Erwerbslosen, die auf Armenunterstützung angewiesen seien, diese aber auch häufig nicht erhalten, weil trotz aller Not die Bedürftigkeit nicht anerkannt werde. Das gelte besonders für die alten Arbeiter und Angefallene, die überhaupt keine Arbeit mehr fanden. Ganz unverständlich sei es daher, daß der Ausschuh die sozialdemokratische Entschuldig, die Krisenunterstützung wenigstens für die Alten weiter gelten zu lassen, abgelehnt habe. — Der Redner begründet dann eine neue Entschuldig, die Arznenfürsorge so zu gestalten, daß die Arbeitslosen, die die Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung noch nicht erfüllt haben und deren Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erschöpft ist, für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit Unterstützung nach den Sätzen der Arbeitslosenversicherung erhalten. Außerdem sollen die Arbeitsämter angewiesen werden, die Dauer der Krisenunterstützung für die älteren Arbeiter und Angefallenen über 26 Wochen hinaus zu verlängern.

Abg. Strügel (Komm.) erklärt, die sozialdemokratische Entschuldig sei ebenso unzureichend wie die Vorlage des sozialpolitischen Ausschusses. Die Vorlage wird schließlich in allen drei Lesungen mit der Ausschuh-Entschuldig angenommen. Angenommen wird auch, offenbar infolge eines Mißverständnisses, die vom sozialpolitischen Ausschuh abgelehnte Reichstags-Vorlage, wonach das Reich die Kosten der Arznenfürsorge übernehmen soll. — Die sozialdemokratische Entschuldig wird abgelehnt.

Auf der Tagesordnung steht dann die zweite Beratung des Haushalts des Reichspräsidenten. — Ein kommunistischer Antrag auf Streichung des Gehalts und der Aufwandsentschädigung des Reichspräsidenten wird abgelehnt und der Haushalt bewilligt. — Die hierauf vorgenommene beim Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums zurückgestellte Abkündigung ergibt die Bewilligung von 12 Millionen zur Förderung des Ausstellungs- und Weltfestens, darunter 800 000 Mark für die Leipziger Weltausstellung.

In dritter Beratung wird dann das von Abg. D. Kahl (D. Sp.) eingebrachte Ueberleitungs-gesetz für die Straf-rechtsreform angenommen. Die Schlussabstimmung, bei der die qualifizierte Mehrheit fehlgeschlagen ist, wird auf später vertagt. — Der vom Verkehrs-ausschuß aufgestellte Plan für Verkehrsverbesserungen im Osten wird angenommen.

Am 15.15 Uhr verläßt sich das Haus auf Montag.

Der Ausschuh kam schließlich überein, in einer zweiten Lesung nochmals den Versuch zu machen, ein Amnestiegesetz zustandzubringen. Hoffentlich haben die Kommunisten aus dem Verlauf der bisherigen Beratungen gelernt, daß sie in Amnestiegesetz nicht mit den Deutschnationalen, sondern nur mit den Sozialdemokraten machen können. In diesem Falle würde Ausschuh, ein maßgebendes Amnestiegesetz zustandzubringen, durch das insbesondere die kommunistischen Arbeiter befreit würden.

Sammler-Anzeigen

Verband der Deutschen Buchdrucker
Am 16. März verstarb nach längerem Leiden unser Kollege, der Setzer
Johann Handke
(54. J. Korn)
aus Breslau, im Alter von 56 Jahren.
Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.
Die Mitglieder des Ortsvereins Breslau.
Beerdigung: Dienstag, den 20. März, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Universitätsplatz 18, nach dem St. Matthiastriedhof in Oswitz.
Die Sängere vom Verein Gutenberg werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Radfahrer aus Arbeitertreffen!

Mittwoch, den 21. März, abends 7 1/2 Uhr
im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses:

Öffentliche Radfahrer-versammlung

Vortrag des Sportarztes Dr. Juliusburger.

Die Versammlung ist sehr wichtig für alle Arbeiter, auch wenn sie das Rad nur zur Arbeits-fähigkeit benutzen.

Eintritt frei!

Bahreicherung Besuch erwartet. Der Einberufer.

Gesund und nahrhaft, und dabei so billig geworden

Nordsee



Brahauer Str. 2, Neue Schweltditzer Str. 5a
Schmiedebrücke 19, Andraszestr. 2.
sind alle Sorten Seetische

Für Montag-Dienstag in bekannt guter Qualität

- Kabeljau** o. Kopf 24 A
- Seelachs** ohne Kopf, Pfund nur 24 A
- Goldbrats** ohne Kopf, Pfund nur 36 A
- Schellfisch** ohne Kopf, Pfund nur 58 A
- Weißer Kotelett** Pfund nur 60 A
- Grüne Heringe** nur 18 A

Bohnensuppe 1/2 Pfund nur 13 A
Hochwertige
geräucherter
Bücklinge, Sprotten, Flundern
geräuch. Schellfisch, Bundsaal



bei Kneuma Mierowitzka str.
in allen Apotheken erhältlich
Carl Adamy, Biber-
platz 3
(Möhren-Apothek)

Seid stolz, Volkswacht-Leser

zu sein!
Sagt es allen, daß Ihr es seid, und sagt es vor allem bei Einkäufen!

Stadttheater

(Opernhaus)
Montag 4 Uhr
20 bis nach 22 Uhr:
Gastspiel
Teatro del Piccoli
Barbier von Sevilla
Szenen aus „Götter“
Sumer Zell.

Dienstag
16 bis nach 18 Uhr:
Vorstellung zu er-mäßigten Preisen
Gastspiel
Teatro del Piccoli
20 bis 22.45 Uhr:
15. Abonn.-Vorstell.
Serie F

Die lustigen Weiber von Windsor.

Mittwoch
16 bis nach 18 Uhr:
Vorstellung zu er-mäßigten Preisen
Gastspiel
Teatro del Piccoli
20 bis nach 22 Uhr:
18. Abonn.-Vorstell.
Serie G
Der Liebestrauß.

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)
Montag, den 19. und Donnerstag, den 22. März, 20 Uhr
Dienstag, den 20., Mittwoch, den 21. Donnerstag, den 22. März, 16 Uhr
Gastspiele
Teatro del Piccoli
(Theater künstlicher Menschen)

Zur Aufführung gelangen:
Opern, Operetten, Varietenummern, Ballett-Divertissements, Kammermusik.

Gesangssolisten
von der Scala-Mailand, Teatro Constanzi-rom, Opera Real-Madrid, Covent Garden-London
Stadttheater-Orchester. 4887

(Näheres siehe Sonderplakate.)

Absenrvorstellungen: Preisgruppe IV
Nachmittagsvorstellung: Preisgruppe III.

Circus Busch

Stadion - Arena
Bis 25. März halbe Preise 30 Pf.
täglich 8 Uhr
Varieté, Film, Bühnen- und Managen-schau

Das blonde **Nackte Venus** im weißen Mysterium od. **Wolfsfuß**

Ganz Breslau wird sich den Kopf zerbrechen
Kampf mit elektrischen Strahlen
Duell auf Schlags - Zweifelhafte Ehe
Vorrücktes Hotel - Erwahlte auf der Handausstellung - Luftpartie
Zwischen Himmel u. Erde

oder
Zachari, der schwebende Mensch
Managen-Cloves Carlo u. Suzanne
vom Moskauer Circus 4888

Chaiselongues

von 35 - 150 Mk. 4889
Sofas von 75 - 200 Mk.
An eigener Werkstätte Teilzahlung gestattet
Aldert Nowomy
23-24 Weldenstraße 23-24

Bücher

für Jugendweine!

- Kanitz, Das proletarische Kind
Gedanken gebunden . . . 2.- Mk.
- Anna Siemsen, Das Buch der Mädel, gebunden . . . 2.50 Mk.
- Irene Gerlach, Jugend-kämpferinnen . . . 3.50 Mk.
- Hodann, Bub und Mädel gebunden . . . 2.60 Mk.
- Taschenbuch der Arbeit 0.75 Mk.

Volkswacht-Buchhandlungen Breslau
Neue Graupenstr. 5 + Neue Taschenstr. 11

Schauspielhaus.

Operntheaterhaus. 4884
Tel. Stephan 36388
Täglich 20 Uhr:

Der Sarcophag
Sensationsstück. 15 1/2 Uhr
Das Dreimäderlhaus

Lobe-Theater
Tel. Ring 6774
Montag und täglich 20 Uhr:

Der Frauenarzt
Schauspiel
von Hans J. Stefflich
Dienstag 15.30 Uhr:
„Seh' dem, der liegt!“
Mittwoch

Thalia-Theater
Tel. Ring 6774
Montag
a. die folgenden Tage, 20 Uhr:
Die Wildente.
Schauspiel v. Hans J. Stefflich

Pfänder-Auktion

Berlängerung bis 28. März.
Leihhaus Sidmann.

Parteilreunde

kaufen an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die

Volkswacht

Oberbett, 2 Rippen
mit rotem Decken 24.00 Mk.
22.00 Mk.
Strohger Str. 5.

Männerchor Breslau

Dienstag, den 20. März 1928, abends 8 Uhr
im großen Saale des Gewerkschaftshauses

5. Konzert Romaniker-Abend

Leitung: Ernst August Voelkel
Mitwirkung:

Charlotta Scherbening (Alt)

Am Flügel: Ernst August Voelkel

Eintritt: 60 Pf. Programme mit Liedertext im Restaurant des Gewerkschaftshauses und an der Abendkasse zu haben.
Jugendliche und Erwerbslose nur an der Abendkasse gegen Ausweis 30 Pf.

Neue Besen kehren gut

weshalb Sie zum großen Reinemachen deren Anschaffung vornehmen wollen.
Wir empfehlen Ihnen, unser Geschäftslokal

auf der Oderstraße

zu besuchen und Ihren Bedarf in Bürsten aller Art, Besen, Scheuertücher, Putzleder, Kämme, Schwämmen, Abstäuber, Fußmatten etc. zu niedrigsten Preisen zu decken.
London & Co. **Oderstraße 3**
G. m. b. H. 2. Viertel vom Ring

Neue Schriften über sexuelle Probleme

erscheinen in Menge. So gut und belehrend auch jede von ihnen sein mag, vergessen Sie bitte nicht an das Werk, auf dem alle anderen dieser Art fußen vergessen Sie nicht an das immer wieder aktuelle Buch von

Rebel: Die Frau und der Sozialismus

Eine Fundgrube für jeden, der an den modernen Fragen interessiert ist, ein unentbehrliches Werk vor allem für jeden Sozialisten! Das Buch liegt wieder in unseren

Buchhandlungen

Neue Graupenstr. 5 + Neue Taschenstr. 11
auf, wo es zum Preise von 2.50 Mk. zu haben ist

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

Regelmäßige direkte Abfahrten mit **Doppelschrauben-Dampfern** für Reisende u. Auswanderer von Bremen nach

CANADA

Nähere Auskunft über Einreisebedingungen u. Abfahrten erteilt
in Breslau: **Norddeutscher Lloyd**, General-Agentur
Lloydreisebüro G. m. b. H., Neue Schweltditzer Straße 6 (Altmarkt-Platz)

Nur 4 Tage!

Nur 4 Tage!

Der Siegeszug des Waschteufel in Breslau hat begonnen!

In Anbetracht des großen Erfolges und der begeisterten Aufnahme setze ich hiermit ein nochmaliges

Probewaschen

Waschteufel



„Der“ Waschapparat
mit dem man **NUR** noch wäscht!
Kein Waschrührer!

Dienstag, den 20. März. Mittwoch, den 21. März
Donnerstag, den 22. März. Freitag, den 23. März
täglich 11 Uhr vormittags und 3 und 5 Uhr nachmittags im

Kaufmannsheim und im **Schwarzen Adler**
Schubbrücke 50/51 Bismarckstraße 21
Jede Hausfrau ist eingeladen — Schmutzige Wäsche (auch Stärkewäsche) bitte mitbringen.

Preis 16.00 Mark
Nur Besucher des Probewaschens erhalten den Apparat zum Annahmepreis von

Waschteufel
will man ganz in Erfahrung bringen. Deshalb wird die Nachfrage nach dem Waschteufel, dem Freund aller Hausfrauen, in voller Tätigkeit zu haben. Jede Hausfrau ist in der Lage, mit meinem Waschteufel sich genau die Vorführungstage, da eine neue Ausgabe nicht wieder erscheint.

Es ist ein Sprichwort sagt: „**Nur der Beste bricht sich Bahn**“. Dieses Wort ist bei den Siegen großer. Jede Hausfrau ist überrascht von der Leistung meines Waschapparates. Lassen Sie sich die Gelegenheit nicht entgehen, meinen Waschteufel zu probieren. Jede Wäsche in 5 Minuten leichtes sauber zu waschen. **Probieren Sie!** **Probieren Sie!** **Probieren Sie!**

Eintritt frei

Eintritt frei

Verkäufe

Linoleum
Reife, 90 breit, Meter 1.25
Dornestr. 30 Friedländer

Arbeitsmarkt

Schwachstrom-monteur

zum Bau von Reihenschaltungs- u. Automatenanlagen, welcher auch im Stromanlagenbau (Erfahrung hat, in Stadt der Provinz Brandenburg geübt).
Angebote unter A. 123 an d. Geschäftsst. d. d. 314

Giorno Vincenzo

findet immer, welche ein leistungsfähiger von den besten Kaufmannen u. a. aus von Breslau. Wer 12.000 bis 15.000 Mk.

Gebt ab 500 bis 1000 Mark an die Hand mit 500 bis 1000 Mark. Abhandlung 100 bis 1500 Mark. Abhandlung 100 bis 1500 Mark. Abhandlung 100 bis 1500 Mark.

Sozialdemokratischer Parteitag für Mittelschlesien.

Genosse Mache gibt den Geschäftsbericht. — Ein Gruß der Arbeiter in der Tschechoslowakei

Die Sonntags-Sitzung des mittelschlesischen Parteitages der SPD. wurde von dem Bezirksvorsitzenden Genosse Mache am 14 Uhr im festlich geschmückten Saal des Gewerkschaftshauses in Breslau eröffnet.

Genosse Mache gab den Geschäftsbericht ab, in dem er über die Tätigkeit der Partei im letzten Jahr berichtete. Er erwähnte die Teilnahme an den Reichstagswahlen und die Arbeit in den verschiedenen Kreisen.

Genosse Mache sprach über die politische Situation in Deutschland und die Aufgaben der Partei in der kommenden Wahlperiode.

Genosse Mache schloß seinen Bericht mit einem herzlichen Gruß an die Arbeiter in der Tschechoslowakei und betonte die internationale Solidarität der Arbeiterbewegung.

Genosse Mache sprach über die finanzielle Lage der Partei und die Notwendigkeit der Unterstützung durch die Mitglieder und die Arbeiter.

Genosse Mache sprach über die Arbeit der Partei in den verschiedenen Kreisen und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften.

Genosse Mache sprach über die politische Arbeit der Partei und die Notwendigkeit der Teilnahme an den Wahlen.

Genosse Mache sprach über die Arbeit der Partei in den verschiedenen Kreisen und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften.

Genosse Mache sprach über die politische Arbeit der Partei und die Notwendigkeit der Teilnahme an den Wahlen.

geworden, aber ist noch nicht gänzlich frei, noch nicht innerlich frei. Hingru kommt die gewaltige wirtschaftliche Not, die ihn zur Fügbarkeit zwingt und es erklärt, wie er unler Gegner am vergangenen Montag die zahlreich ohne Zweifel impoante Kundgebung veranstalten konnten. Tene Kundgebung, bei der nicht wenige, im Elend lebende Landarbeiter gezwungen mitmarschierten.

Beim Passieren des Juges wurde ich in etwa zwanzig Minuten nicht weniger als hundertmal von Arbeitern, die mich kannten, die aber nicht imstande waren, dem Terror der Gutsbesitzer zu trotzen, angerufen. Und doch ist auch in diesem schwierigen Agitationsgebiet ein erfreulicher Fortschritt zu bemerken, wird uns oft bewundernswürdiger Opfermut ländlicher Genossen bekannt. Auch die industriellen Kreise des Bezirks haben unter ungünstigeren Verhältnissen, wie das übrige Deutschland zu arbeiten. Stärkere Arbeitslosigkeit wie im Reich, wirtschaftliche Stagnation durch den fehlenden Handelsvertrag mit Polen und die niedrigsten Löhne Deutschlands machen hier die Arbeit besonders schwer. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß der größte Teil der Landarbeiter einen Lohn von 2 bis 2,50 Mark pro Woche erhält, davon viele aber noch Partei- und Verbandsbeiträge leisten, dann kann wohl füglich von wahren

Selbstmord gesprochen werden. Hier auf dem Gute heißt es nicht, sich dieses oder jenes Angenehme oder Nützliche zu verlagern, hier heißt es, sich das Salz von den Pellkartoffeln abzusparen, zur Stärkung der Arbeiterbewegung, denn zu Schmalz oder Butter reicht es im Haushalt des Landarbeiters nicht. Nicht vorzeitige Selbstzufriedenheit, aber vernünftige Befriedigung können wir angesichts der erzielten Erfolge empfinden, ohne zu vergessen, daß das Ziel, dem wir zustreben müssen, die Befreiung aller Werktätigen, aller Besitzlosen, noch harte Arbeit kosten wird. In lebendiger Anteilnahme nicht nur an den allgemeinen politischen, sondern auch an den mannigfachen Problemen, die sich aus dem Wirken der Partei in den öffentlichen Körperlichkeiten der im Bezirksbereich ergibt, hat die Arbeit der Partei in dieser Epoche sich konsolidierender Verhältnisse erfolgreichere Ergebnisse gezeigt, wie während der Erklärungsarbeiten der ersten Nachkriegsjahre. Wichtig ist auch die Schulungsarbeit, die besonders auf kommunalpolitischen Gebieten in ausgedehnter Weise geleistet wurde und noch mehr — nach den Wahlen — in Zukunft geleistet werden muß und das Wirken der „Arbeiter-Mohlsucht“, obwohl es notwendig ist, zu betonen, daß die Arbeiter-Mohlsucht die Arbeitskraft unserer Genossinnen nicht aus sich selbst in Anspruch nehmen darf. Das Primäre ist und bleibt stets der

politische Kampf um die politische Geltung der Partei.

Nachdem der Redner sich mit dem in letzter Zeit besonders gesürbten technischen Ausbau des Parteiapparates durch Anschaffung von Automobilen, Kino-Apparaten usw. beschäftigt hat, unterbreicht er mit Nachdruck die Notwendigkeit auch in den kleinsten Ortsvereinen dringlich auf dem Lande die

Veranstaltung in Fluß zu halten. Es darf nicht vorkommen, wie es hier und da der Fall war, daß Ortsvereine nur ein- oder zweimal im Jahre die Mitgliedschaft zu einer Versammlung auffordern. Die Mitgliederverwaltung ist das Bindeglied vom Funktionär zur Mitgliedschaft, das nicht verkümmern darf. Nach einem kurzen Witz über die Erfolge der beiden Verbänden im vergangenen Geschäftsjahr und einem Hinweis auf die vergeblichen Bemühungen der Gegner, um über ihre eigenen, wirklich großen Schwierigkeiten hinwegzutäuschen, die Geschlossenheit der Sozialdemokratie in Frage zu stellen, schloß Genosse Mache seine Ausführungen mit einem begeisterten aufgenommenen Applaus an die Parteigenossenschaft, in gleicher Rührigkeit und Begeisterung wie im Vorjahre die Partei zum

Siege zu führen.

Genosse Robert Herrmann nahm hierauf das Wort zu einigen Erläuterungen des ebenfalls gedruckt vorliegenden Geschäftsberichts. Er verwies darauf, daß die verzeichnete Zunahme der wirtliche Zunahme nicht ganz erfüllt, da hier nur die neu-eintretenden, nicht aber die wiedergewonnenen Mitglieder gezählt sind, und erwähnt die Delegierten der Ortsvereine zu pünktlicher Erledigung der Kassengeschäfte. Nach ihm gibt Genosse Kästner bekannt, daß an Stelle des schwer erkrankten Genossen Lösow, dem der Bezirks-Parteitag auf seine Anregung die besten Wünsche zur Genesung übermittelt, Genosse Hoffmann-Waldenburg, der Geschäftsführer der „Schlesischen Bergwacht“, den Bericht über die Parteipresse im Bezirk geben wird. Genosse Hoffmann betont, daß der günstigen Entwicklung der Partei entsprechend auch eine günstige Entwicklung der drei Hauptblätter des Bezirkes, „Volkswacht“, „Bergwacht“ und „Proletarier aus dem Gulgengebirge“ zu verzeichnen ist. Der Abonnentenstand ist gut, doch er muß noch besser, viel besser werden. In Waldenburg habe man mit Kolporteurkonferenzen — unter Beisein der Redaktion sehr gute Erfahrungen gemacht. Vor allem muß dafür gefordert werden, daß alle Parteigenossen auch die Parteipresse lesen, daß aber auch alle Arbeiterorganisationen ihre Drucksachen in der Parteidruckerei und nicht bei der bürgerlichen Schmußkonferenz in Auftrag geben. (Beifall).

Der von Genossen Bernhardt-Breslau gegebene Revisionsbericht stellt fest, daß die Kassengeschäfte bei wiederholten Revisionen in bester Ordnung befunden wurden, worauf Genosse Krause-Breslau den Bericht der Mandatsprüfungskommission gibt, nach dem bei Schluß der Mandatsprüfung von 97 gewählten Delegierten 93 anwesend sind. Diese 93 Delegierten setzen sich zusammen aus 4 Frauen, 53 Arbeitern, 20 Angehörigen eines freien Berufes und 11 hauptamtlichen Funktionären der Partei. In der nun folgenden Diskussion spricht lediglich Genosse Max Kauch, der das Fehlen der Kinderfreunde und der Jungsozialisten in dem gedruckten Geschäftsbericht beanstandet. Genosse Mache plädiert, nachdem er ergänzend bekanntgegeben hat, daß der Stand der Abonnenten der drei Parteiblätter im Bezirk rund 65 000 beträgt, auf mildernde Umstände. (Heiterkeit.) Die zur Fertigstellung des Geschäftsberichts zur Verfügung stehende Zeit war außerordentlich beschränkt, außerdem haben aber die Jungsozialisten trotz Aufforderung keinen Bericht rechtzeitig eingeleitet. Anschließend gibt er die Stellung des Bezirksvorstandes zu den schriftlich vorliegenden Anträgen, die wir untenstehend wiedergeben, bekannt. Gen. Kästner begründet den inzwischen erkrankten Genossen Hofbauer, Prag, und geht, nachdem weitere Wortmeldungen zu dem Geschäfts- und Revisionsbericht nicht vorliegen, zur Abstimmung über, in deren Verlauf auch die Entlastung des Kassierers und die Befähigung der Mandate beschlossen wird. Alsdann erteilt

Genosse Hofbauer, Prag, das Wort zu einigen Begrüßungsworten im Namen der arbeitenden und der tschechoslowakischen Genossen in der tschechoslowakischen Republik. Endlich, nach zehnjährigem Bestehen dieses Staates, beginnen die sozialistischen Parteien bei der Nation sich zu nähern (Beifall). Es ist das Verdienst des internationalen Bürgerklubs, der die Regierung innehat, dieses Erziehungswort vollbracht zu haben. Anfänglich lebten die tschechischen Genossen in der Illusion, daß dieser mit von ihnen geschaffene Staat anders als andere Staaten, ihre Bourgeoisie anders wie die

Bourgeoisie anderer Länder sei. Doch sie mußten erleben, daß diese junge tschechische Bourgeoisie wie die

Bourgeoisie aller Länder reaktionär in ihrem Inhaft und in ihrem Streben, heute mit dem deutschen Bürgeramt des Landes regiert die Verwaltungsreform, die Sozialversicherung, die Militärpolitik, die Zollpolitik rückwärts revidiert bzw. im Sinne der bürgerlichen Klasseninteressen gestaltet. Die Klassenverhältnisse im tschechischen Volk haben sich damit außerordentlich verschärft und eine ähnliche politische Konstellation geschaffen wie in Deutschland. Nach dem internationalen Kongreß dieses Jahr werden wir nun gemeinsame Maßnahmen und später einen gemeinsamen Wahlkampf (Beifall) nach dem Vorbild der Reichstagswahlen in Deutschland führen. Je größer der Erfolg im angrenzenden Deutschland sein wird, desto besser werden auch wir im Wahlkampf bestehen. Möge darum die deutsche Reichstagswahl ein hoffnungsvoller Vorläufer unseres Sieges sein. (Lebhafter Beifall). Genosse Kästner dankt dem Genossen Hofbauer und spricht seine besondere Genugtuung darüber aus, daß Genosse Hofbauer diesmal auch im Namen des tschechischen Proletariats sprechen konnte. Schlesien war und bleibt stets eng mit den Kämpfen der Arbeiterklasse jenseits des südböhmischen Gebirgsrückens verbunden, Schlesien hatte es stets mit tiefem Schmerz empfunden, daß die nationale Zersplitterung in der Tschechoslowakei die Schlagkraft des Proletariats hemmte. Diese Zeit ist nun vorbei. Die Bourgeoisie hat wieder einmal gezeigt, wieviel stärker ihre internationale Klassenverbundenheit, als ihre nationale Verbundenheit mit anderen Volksklassen gleicher Zunge ist. Freude und Stolz erfüllt uns auch in Deutschland über den nunmehr beginnenden gemeinsamen Kampf der Proletarier aller Zungen gegen ihre Ausbeuter in der Tschechoslowakei. Auch wir werden diesen Kampf richtungsgehend und siegreich zu Ende führen. (Lebhafter Beifall). Damit war die Tagesordnung der Nachmittags-Sitzung erschöpft und der Parteitag verlagte sich auf Sonntag vormittag.

Ueber das bedeutame politische Referat des Genossen Löbe und die Verhandlungen des Parteitages am Sonntag vormittag berichten wir mit Rücksicht auf den Raumangel erst morgen. Die zum Schluß vorgenommenen Wahlen zu Partei-Ausschuß, Bezirksvorstand und die Aufstellung der Kandidaten zu Reichs- und Landtag geben wir nachstehend mit den angenommenen Anträgen wieder:

- Ungenommene Anträge zum Geschäftsbericht. Zum Bezirksstatut: 1. Der Bezirksvorstand wird ermächtigt, den § 11 des Statuts in dem Sinne zu ergänzen, daß Genossen, die erst nach ihrem sechzigsten Lebensjahre eintreten, nur die Hälfte der statusarigen Sterbeunterstützung gewährt wird. (Antrag des Bezirks-Vorstandes.) 2. Der § 5 des Bezirksstatuts ist dahingehend zu ändern, daß jeder Unterbezirk einen Vertreter im Bezirksvorstand erhält. Breslau wie bisher vier Vertreter. (Antrag des Unterbezirks Strehlen.) 3. Der Bezirksvorstand erhält den Auftrag und die Vollmacht, den § 13, Ia, so zu fassen, daß auf je angefangene 500 Mitglieder ein Mandat, für jeden Unterbezirk jedoch mindestens zwei Mandate zum Bezirks-Parteitag entfallen. (Antrag des Ortsvereins Breslau-Stadt.)

- Zur Frage eines Reichs-Parteitages 1928. Der Bezirksparteitag der SPD. Mittelschlesien bedauert den Beschluß des Parteiausschusses, in diesem Jahre keinen Parteitag stattfinden zu lassen. Da der Ausgang der Wahlen die Partei vor Entscheidungen stellen wird, die für die weitere Entwicklung der Partei und des proletarischen Kampfes in Deutschland von ausschlaggebender Bedeutung sein können, fordert der Bezirksparteitag, daß Parteivorstand und Parteiausschuß erneut dazu Stellung nehmen und erwarten, daß durch die Einberufung eines Parteitages unmittelbar nach den Wahlen den Parteigenossen im Reich die Möglichkeit gegeben wird, an den dann zu fallenden Entscheidungen mitzuwirken. (Antrag des Ortsvereins Breslau-Stadt.)

- Empfehlung einer Kandidatur des Genossen Scheffel auf der Reichsliste. Der Bezirksparteitag beauftragt den Bezirksvorstand, beim Parteivorstand in Berlin dahingehend zu wirken, daß der Hauptvorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner, Genosse Scheffel in Berlin, auf der Reichsliste für den Reichstag an sichere Stelle gesetzt wird. (Ortsverein Glas.)

- Arbeitsteilung der Abgeordneten. Jedem Abgeordneten des Reichstages, wie des preussischen Landtages wird ein bestimmter Kreis resp. Kreise als Arbeitsgebiete überwiesen. (Kreis Gutsrau.) Kandidaten der Sozialdemokratie des mittelschlesischen Wahlkreises sind: für den Reichstag: Paul Löbe, Breslau; Feldmann, Langenbiefau; Wendemuth, Waldenburg; Mache, Breslau; Genossin Anselme, Waldenburg; Seppel, Breslau; Hirsch, Raudten; Professor Fuchs, Breslau; Efriede Bittner, Breslau; Breithorst, Brieg; Deutsch, Oels; Winkler, Landwirt, Rimpfisch; Kaufmann, Breslau; Felix Wolf, Neurode. für den Landtag: Winger, Breslau; Tichle, Neu-Salzdamm; Hamzburger, Breslau; Lang, Langenbiefau; Janotta, Trebnitz; Gröhner, Breslau; Frau Kunert, Breslau; Rösler, Breslau; Kleiner, Klettendorf; Schäfer, Waldenburg; Knobloch, Ohlau; Theodor Müller, Breslau; Böhle, Striegau; Thomas-Franz, Breslau; Paul Seier, Breslau; Weigel, Ullersdorf.

- In den Partei-Ausschuß wurden gewählt: Mache und Genossin Jils-Kästner, Stellvertreter Winger und Genossin Thomas. Die Wahl zum Bezirks-Vorstand ergab folgende Zusammenfassung: Köhlich, Kästner, Stöpe und Schramm, Breslau; Rattner, Ohlau; Eichholz, Jordanmühle; Wolf, Neurode; Jappe, Waldenburg; Langer, Striegau; Hirsch, Raudten; Thiel, Trebnitz und Kleinert, Klettendorf.

Die juristische Sprechstunde findet diese Woche Dienstag von 3-4 Uhr und Freitag von 4 bis 5 Uhr nachmittags statt. — Eingang Frädelplatz. Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung der Abkommensquittung, erteilt. Schöffische werden nicht angefragt.

Der kommunistische Umzug.

Die Kommunisten sammelten sich in der Mittagskaffe des...

Der Arbeiterchor hat ganze 2 1/2 Minuten gedauert.

Die Demonstration hat in ihrem geringen Umfange erneut gezeigt...

Der „Männerchor Breslau“

veranfaßt am Dienstag, den 20. März, abends 8 Uhr, im großen Saal...

Als Mitwirkende ist die bekannte Altistin Charlotte Scher...

Jugendliche und Erwerbslose nur an der Abendstunde...

Abendkurse für Maschinenbau und Elektrotechnik an der Staatlichen Höheren Maschinenbaukule Breslau X, Lehndamm 55.

Wir machen noch besonders auf die Anzeige in der Sonntag...

Am Ende des letzten Halbjahres findet vor einem Staatlichen...

Neue Werbeschriften beim Verkehrsverein.

Der Verkehrsverein Breslau teilt mit, daß bei ihm eine größere...

Unserjähriges Bauen.

In letzter Zeit sind trotz eindringlicher Warnungen in den...

Es wird daher nochmals mit allem Nachdruck darauf hingewiesen...

Continental-Straßenkarte. Handbuch Ausgabe 1928 - Preis RM. 4,-

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftshaus, Zimmer 30

Parlamentarier in den hiesigen Betrieben! Heute abend im Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses wichtige Besammlung...

Sozialistische Jungmänner. Dienstag, Sitzung des Ausschusses. Sonntag: Zeitschriftenklub.

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus zu einer zentralen Elternversammlung...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus zu einer zentralen Elternversammlung...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus zu einer zentralen Elternversammlung...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus zu einer zentralen Elternversammlung...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus zu einer zentralen Elternversammlung...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus zu einer zentralen Elternversammlung...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus zu einer zentralen Elternversammlung...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus zu einer zentralen Elternversammlung...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus zu einer zentralen Elternversammlung...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus zu einer zentralen Elternversammlung...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus zu einer zentralen Elternversammlung...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus zu einer zentralen Elternversammlung...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus zu einer zentralen Elternversammlung...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus zu einer zentralen Elternversammlung...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus zu einer zentralen Elternversammlung...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus zu einer zentralen Elternversammlung...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus zu einer zentralen Elternversammlung...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus zu einer zentralen Elternversammlung...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus zu einer zentralen Elternversammlung...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus zu einer zentralen Elternversammlung...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus zu einer zentralen Elternversammlung...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus zu einer zentralen Elternversammlung...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus zu einer zentralen Elternversammlung...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus zu einer zentralen Elternversammlung...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus zu einer zentralen Elternversammlung...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus zu einer zentralen Elternversammlung...

ein Erlebnis für Schülerkassen, sondern für jeden Teilnehmer zu werden...

Freiwerkschaftliches Saalrestaurant. Heute abend im Saalrestaurant...

Geschäftliches. Die Geschäftsleute...

Zu unserer Jugendweih. Sonntag, den 1. April, vormittags 10 Uhr...

alle Eltern mit ihren Kindern die Schule verlassenden Kindern.

Kostenzettel der Arbeiterkinderfreunde. Die Eltern...

Die Eltern! Seid alle bestimmt am Freitag, den 23. März, abends...

Sparfassen 3 207 967 000 Mark Sparanlagen, wovon auf die niederschleppenden Sparfassen 194 968 000 Mark entfallen...

Stadtrat Wilhelm Sed ist in der Nacht zum Montag gestorben...

Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Breslau. Dienstag, den 20. März, abends 8 Uhr...

Ein fahres Gesandter treibt sein Unwesen. Er nannte sich...

Mit 5000 Mark gestiftet. Am Sonnabend mittag erkrankte...

Entwicklung der Einlagenbestände bei den Sparfassen. Im Januar 1928...

Unserjähriges Bauen. In letzter Zeit sind trotz eindringlicher Warnungen...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus...

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend im Gewerkschaftshaus...

genommen wurden, die zum Teil freibrieflich gesucht, zum Teil...

London, 18. März. In einem Internat in Salford (Surrey) brach...

Letzte Nachrichten.

Fünf Kinder verbrannt. London, 18. März. In einem Internat in Salford (Surrey)...

Breslauer Produktenbörse vom 16. März. Amtliche Notierungen...

Table with 4 columns: Getreide, Roggen, Weizen, etc. and 2 rows of prices.

Amtliche Notierung für Mühlenzeugnisse (je 100 kg). Weizenmehl...

Zeitgeschäfte in Getreide und Mehl. Erfüllungsort Breslau...

Table with 4 columns: Weizen, Roggen, Hafer, etc. and 2 rows of prices.

Erfüllungsort Breslau. Preise in Reichsmark für Getreide...

Table with 4 columns: Weizen, Roggen, Hafer, etc. and 2 rows of prices.

Erfüllungsort Breslau. Preise in Reichsmark für Getreide...

Table with 4 columns: Weizen, Roggen, Hafer, etc. and 2 rows of prices.

Erfüllungsort Breslau. Preise in Reichsmark für Getreide...

Erfüllungsort Breslau. Preise in Reichsmark für Getreide...

Erfüllungsort Breslau. Preise in Reichsmark für Getreide...

Erfüllungsort Breslau. Preise in Reichsmark für Getreide...

Erfüllungsort Breslau. Preise in Reichsmark für Getreide...

Die Kreuzung des Weibes. Ein Artikel über die Rolle der Frau...

Dr. Berger als Oberbürgermeister bestätigt

Die Wahl des Vizepräsidenten Genossen Dr. Berger zum Oberbürgermeister von Oppeln, die seinerzeit wegen der merklichen Konstellation der Parteien bei der Wahl (sämtliche Fraktionen von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten wählten Dr. Berger gegen die Stimmen und den heftigen Protest des Zentrums), großes Aufsehen erregte, ist jetzt vom preussischen Staatsminister bestätigt worden. Genosse Dr. Berger wird sein Amt voraussichtlich im Juni anreten.

Wer zur Sozialdemokratie gehört, wer zur Sozialdemokratie geht, ist in meinen Augen ein Dump.

Diesen Ausruf leistete sich am 16. Februar der Pfarrer der kleinen Gemeinde Königswalde im Kreise Neutube während der Religionsstunde. Wenn sonst diese Gemeinde bereits gewohnt ist, daß der Pfarrer Bauer die Kirche mit dem politischen Versammlungsort verwechselt, so spottet es doch geradezu jeder Beschreibung, wenn er während seiner Religionsstunde den 14jährigen Schülern gegenüber diese Ausrufe gebraucht. Es muß dann einfach als unerhört bezeichnet werden, daß die Schule in solcher Weise mißbraucht wird, um politische Propaganda zu treiben und die Achtung der Kinder von ihren eigenen Eltern zu untergraben.

Kinder entdecken den Mord an ihrer Mutter.

Eine grauenhafte Entdeckung machten am Donnerstag die beiden sieben- und dreijährigen Kinder der 28jährigen Stenographin Frau Schnieba aus Waidich, einem kleinen Dorf von circa 200 Einwohnern, als sie in der Früh in das Schlafzimmer ihrer Mutter kamen. Frau Schnieba lag rücklings halb entkleidet über dem Bett in einer großen Blutlache. Der Kopf war ihr, wie der Arzt feststellte, anscheinend mit einer Art zertrümmert worden. Der Mann der Ermordeten befindet sich zurzeit in einem Breslauer Krankenhaus, die Ermordete selbst schließt im Erdgeschoss der Krabe und das Mädchen im ersten Stock des Hauses. Frau Schnieba war am Abend vorher zu einer ganz in der Nähe stattfindenden Geburtstagsfeier gegangen und gegen 11 Uhr in ihre Wohnung zurückgekehrt. Die Untersuchung hat ergeben, daß Raubmord nicht in Frage kommt. Vom Täter haben selbst die Kinder in der Nacht nichts gehört, über seine Person schwebt völlige Dunkel, wenngleich allerhand Gerüchte auf einen bestimmten Verdacht hinweisen. Die Untersuchung führt die Kriminalpolizei in Löwenberg.

Kein Ende des Steinarbeiterstreiks.

Eine Versammlung der streikenden Striegauer Steinarbeiter beschäftigte sich mit den Vermittlungs-Vorschlägen, die der Schlichter in Breslau den beiden Parteien gemacht hatte. Die Vorschläge wurden als durchaus unzureichend einstimmig von den Streikenden abgelehnt. Damit geht der Streik weiter.

Wird sich die Provinz an der Gas-Fernversorgung beteiligen?

Der Niederschlesische Provinzial-Landtag, der am 25. März in Breslau zusammentritt, wird sich u. a. auch mit einer Vorlage zu beschäftigen haben, die den Provinzial-Ausschuß ermächtigen soll, sich mit einer Summe bis fünf Millionen Mark an der Niederschlesischen Ferngasversorgung zu beteiligen. Begründet wird diese Vorlage mit der voraussichtlichen Notwendigkeit der Provinz, sich in absehbarer Zeit an einer Gasfernversorgung in den vom Waldenburger Kohlenbezirk benachbarten Kreisen selbst beteiligen müssen.

Breslau. Furchterliches Straßenunglück. Ein entsetzliches Unglück ereignete sich am Freitag gegen die dritte Nachmittagsstunde an der Ecke Vorwerk- und Brüderstraße. Von jeder Straße wollte ein Auto in die andere Straße einbiegen, dabei machte der aus der Brüderstraße kommende Wagen wohl eine so scharfe Kurve, daß er auf den Bürgersteig fuhr. In dem gleichen Moment bog ein Kinderwagen mit der kleinen zweijährigen Tochter des Regierungsrats Wendrich um die Ecke. Neben dem Wagen ging das siebenjährige Schwesterchen Ilse. Den Wagen hob die Hausgehilfin. Das auf den Bürgersteig auffahrende Auto saßte gegen einen Laternenpfahl, ließ ihn um und riß die kleine Ilse unter die Räder. Der umstürzende Laternenpfahl fiel auf den Kinderwagen und erschlug das Zweijährige. Beide Kinder wurden in das Brüderhospital eingeliefert. Bei der jüngeren Schwester konnte man nur den Tod feststellen, die ältere liegt mit schweren inneren Verletzungen hoffnungslos danieder. Der Vater des Unglücksautos jagte nach dem furchterlichen Unfall davon, seine Nummer konnte nicht festgestellt werden. Nach Bericht von Augenzeugen trifft die Hausgehilfin keine Schuld.

Groß-Merzdorf, Kr. Schweidnitz. Die Reichsbahn bestohlen. Der hiesige Bahnhof, dem schon mehrmals Diebe einen Besuch abstatteten, bisher aber ohne Erfolg, wurde erneut nachts von Einbrechern heimlich besucht. Diesmal hatten die Spitzbuben mehr Glück, denn sie fanden in dem eisernen Kassenschrank, den sie erschossen, 180 Mark. Bis jetzt fehlt von den Tätern jede Spur.

Landeshut. Submissionsblüte. Der hiesige Magistrat hatte die Pflasterarbeiten auf der Wallstraße ausgeschrieben und 23 Angebote erhalten. Die Preisunterschiede, wie sie bei den Angeboten zutage traten, sollte man kaum für möglich halten. Das Höchstangebot lautete auf 45 431 Mark, das niedrigste Angebot auf 16 480 Mark. Von einem nicht gerade sauberen Geschäftsgebaren zeugte aber noch die Tatsache, daß einzelne Firmen die äußerst niedrige Kostenanschläge eingereicht hatten, kurz nach der Angebotsöffnung Nachgebote beim Magistrat abgeben ließen. Man bezweckt also auf grund des niedrigen Angebotes die Arbeit zu erhalten und dann Nachforderungen zu stellen. Aller Voraussicht nach wird der Magistrat diese zweifelhaften Firmen bei der Vergabung von vornherein ausschließen.

Reichenbach. Mein Name ist Hase. Wie vor einigen Tagen mitgeteilt wurde, hatte sich der Malerlehrling Jauchmann auf der Straße zwischen Breslau und Reichenbach vor ein mit 2 Personen besetztes Breslauer Personauto gestellt, vermutlich in der Absicht, sich mitfahren zu lassen. Er wurde auch überfahren und erheblich verletzt, während die beiden Autofahrer erhebliche Schnittwunden erlitten. Erst jetzt wurde J., den man ins Reichenbacher Krankenhaus geschafft hatte, vernehmungsfähig und über den Grund seines Benehmens befragt, äußerte er ganz erstaunt, er habe von diesen Vorgängen nicht die geringste Ahnung. Man wird nun den Jungen auf seinen Geisteszustand hin untersuchen, zumal auch sein Verweiser angibt, daß der Lehrling des öfteren ein sehr abnormes Wesen gezeigt habe.

Waldenburg. Zu Tode gemangelt. Die Frau des Reichenbacher Pflanzmann in Neu-Waldenburg war mit ihrem dreijährigen Schlangen in die Kottkammer gegangen, um Wäsche zu mangeln. Kaum hatte sie den Raum betreten, als das Kind sich unbemerkt zwischen die in Bewegung befindliche Mangel und die Kammerwand begab. Als sich die Frau nach dem Kinde umschau, war das Unglück bereits geschehen, denn der Knabe war buchstäblich ist gequetscht worden und lag blutüberströmt leblos am Boden.

Striegau. Gefährliches Kinderpiel. In dem benachbarten Muthrau spielten Kinder mit Pfeil und Bogen. Dabei wurde der zehnjährige Sohn eines Besitzers von einem Pfeil mitten in das Auge getroffen, sodaß dieses sofort auslief.

Kothendorf, Kreis Landeshut. Der Tod war die Folge. Wir teilten vor einigen Tagen mit, daß der Berg-

invalide Josef Schiller beim Verladen von Kartoffeln im Waghellen Hofraum von einem beladenen Wagen gegen eine Mauer gequetscht wurde und schwere Verletzungen erlitten hat. An den Folgen dieser Verletzungen ist Schiller jetzt gestorben.

Liebau. Die Malneids-Seuche fordert Opfer. Wenn heute vertriebenlich das Strafrecht als mittelalterlich bezeichnet wird, so nicht immer zu Unrecht. Das beweist auch folgender Fall: Eine Frau B. stand in der Spinnereifabrik von Biehard in Arbeit. Plötzlich erzählten Kolleginnen dieser Frau, sie sei von dem Fabrikarbeiter Kuhn in der Fabrik unzüchtig herührt worden. Daraufhin strengte der Fabrikarbeiter Kuhn und der Chemann der Frau B. Klage gegen die geschwägigen Frauen an. Vor dem Gericht in Liebau, am 13. Oktober v. J., sagte Frau K. aus, sie habe mit Kuhn nie etwas zu tun gehabt und dieser habe sie nie unzüchtig herührt. Trotzdem verurteilten die Verhandlungen nicht, und sie verurteilten sich weiter, so daß gegen Frau B. ein Meineidsverfahren eingeleitet wurde. Die Verhandlung fand vor dem Schwurgericht in Hirschberg statt. Frau B. blieb bei ihrer damaligen Aussage, trotzdem sie überführt wurde, einen Falschheid geleistet zu haben. So wurde die Frau zu einem Jahre Zuchthaus, drei Jahren Ehrverlust und dauernder Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Dieses Urteil beweist, daß unser Strafrecht seit dem Mittelalter nicht verbessert, sondern vielmehr noch verschlimmert hat. Der bedauernswerten Frau ist das Leben verpfuscht und der Fabrikarbeiter, der seine Stellung zur Befriedigung seiner Gellüste ausgenutzt hat, und noch den Mut aufbrachte, gegen diejenigen klagbar vorzugehen, die ihm die Wahrheit nachsagten, darf weiter als unbescholtener Bürger agieren.

Liebau. Wie ein angeblicher Taubstummer die Sprache wieder fand. Bei einem hiesigen Arbeiter klopfte ein Bettler an und wies ein Schreiben vor, auf dem geschrieben stand: „Ich bin im Kriege verschüttet worden und seit dem taubstumm. Weil ich nach Beendigung des Krieges ins Ausland ging, bekomme ich jetzt nach meiner Rückkehr nach Deutschland keine Rente. Bitte um Unterstützung.“ Dem Arbeiter erschien das Schreiben sehr zweifelhaft, da es weder behördlich gestempelt, noch von einem Arzte bestätigt war. Er machte Versuche, den Bettler zum Reden zu bringen, aber vergeblich. Der Zufall wollte es, daß ein Polizeibeamter über die Straße herunter dem Hauke zuschritt, in dem der Arbeiter wohnte. Seine Frau bemerkte dies und fragte laut, ohne dabei an den Bettler zu denken: „Kann“, was will denn die Polizei hier im Hauke, es kommt ja ein Beamter hierüber! Dieser Ausruf wirkte Wunder, denn auf einmal hatte der Bettler Gehör und Sprache wiedergefunden und ganz verängstigt hat er den Arbeiter, ihn nicht zu verraten, denn er sei arbeitslos und habe sich, um erfolgreich betteln zu können, nur verstell.

Grünberg. Schauerliches Verbrechen. In einem Wassergraben, in der die Abflüsse der Fabriken fließen, wurde hier die Leiche eines etwa 10jährigen Mädchens gefunden, der die Beine zusammengebunden und der Kopf mit einem Tuch umwickelt war. Die Landes-Kriminalpolizei Glogau fahndet nach dem Täter in ganz bestimmter Richtung.

Kattowitz. Die geknebelte Presse. Die Strafkammer Kattowitz verurteilte den verantwortlichen Redakteur des deutsch-sozialistischen „Volkswillens“, Helmerich wegen Beröffentlichung von zwei Artikeln über den Kampf der deutschen Widerheiten um ihre Volksschule zu 200 Pfund Geldstrafe bzw. 20 Tagen Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte drei Monate Gefängnis beantragt.

! Vergesst nicht, für Eure Partei und für Eure Presse zu werben !



Nun sind Sie schon umgestimmt

denn Sie haben schon einige Schachteln OVERSTOLZ geraucht und die Wirkung unserer Kur verspürt. Sie finden schon selbst heraus, dass das ein anderes Rauchen ist, wissen aber vielleicht noch nicht, woran es liegt.

Nun wollen wir Ihnen genau sagen, worauf es bei einer ostmacedonischen Zigarette ankommt, und woran der Falchmann sie erkennt.

Ihr Geschmack ist leicht und würzig wie frisch gebackenes Brot. Das Aroma entwickelt sich erst während des Rauchens und erreicht seinen Höhepunkt mit dem letzten Zuge. Es ist also gerade umgekehrt, wie bei einer unedlen Zigarette, welche möglicherweise beim ersten Zuge besticht, die man aber nicht zu Ende raucht.

Und das Allerwichtigste bei OVERSTOLZ: Das Rauchen hinterlässt keinerlei Nachgeschmack auf der Zunge. Das ist das beste Zeichen für einen edlen Tabak.

Deshalb wird Ihnen das Rauchen einer ostmacedonischen Zigarette viel mehr Freude bereiten, und es wird Ihnen auch viel besser bekommen.

Gans Stenburgh

Gegen die Unbildung und die Reaktion an den Universitäten.

Rosenfeld gegen die hegerischen und unwillkenden Professoren. — Minister Becker verspricht Durchzugreifen.

Berlin, 17. März. (Eig. Bericht.) Der Preussische Landtag erledigte in seiner Sonnabend-Sitzung zunächst die Besetzung der über die Entwässerung und Kultivierung der rechtselbischen Moore und über die Verbesserung der Vorflut der unteren Oder in zweiter und dritter Lesung. Die Bestimmungen wurden auf Dienstag vertagt. Hierauf folgte das Haus die zweite Beratung des Kulturrats beim Kapitel Universitäten fort.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.):

In den Studentenschaften fehle jedes Verständnis für Gemeinwohl und Demokratie; darum konnte die terroristische Politik einer strafforganisierten Minderheit den schönen Gedanken der studentischen Selbstverwaltung zerstören. Das Staatsministerium sollte aber alles tun, um den Zeitpunkt zu beschleunigen, in dem neue Studentenschaften aufgebaut werden können, die, fest auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehend, Respekt vor jeder weltanschaulichen und politischen Gesinnung zeigen.

Der Staat hat das Recht, die jungen Leute, für die er aus Mitteln der Allgemeinheit jährlich mehrere Tausend Mark auswendet, zur Staatsgenussung zu erziehen, da sie später seine Lehret und Richter werden sollen.

(Sehr gut! bei den Soz.) Sehr notwendig ist der erzieherische Einfluss des Ministeriums auch bei den Dozenten und Professoren. Es wird gewiß schwer möglich sein, in diese alten Schläuche neuen Wein zu füllen. (Heiterkeit.) Aber ein scheinbarer Herrscher, der in der Geschichte den Namen „Der Säuerverbrenner“ führt, hat einmal eine Kulturwende durch den Befehl herbeigeführt, das ganze bisherige Schrifttum zu verbrennen; vielleicht sollte das Kultusministerium wenigstens die Ablieferung und Verbrennung aller alten Kolleghefte anordnen. (Heiterkeit.) Die reaktionären Ausschreitungen der Professoren rufen jetzt beifällige Beibewegungen der studentischen Zuhörer und gelinde Mißbilligungsschreiben des Ministeriums hervor.

Es darf das Ministerium sich auf die Dauer bei aller Achtung vor der Freiheit von Zensur und Lehre nicht mit steter Laxität und schweren Verletzungen der Beamtenpflicht abfinden.

Fälle, wie der des Professors von Möller, der aus seinem Kolleg herauswies, was nicht christlich war, wie der des Professors Sorndat, der meinte, daß der erste Präsident der Republik höchstens etwas von Sätzen verstanden hätte, wie der des Professors Lubarsch, der angesichts einer abstrakten Probe noch keinem Haß gegen die Offiziere Ausdruck gab, Fälle, wie die des Professors Soos und Wenzel, Fälle, wie die des Professors Hübner, die in der nächsten Sitzung nach diplomatischer Handlung.

Dieses Material, exzessive und unehrerwürdige Professorenverurteilung vor nicht das in diesen deutschen Wissenschaften in In- und Ausland der Staatsrechtslehrer in Breslau, Professor Helfrich, hat sich nicht nur unabweislich zum monarchischen Scherben bekannt und ihn propagiert, sondern lehrt auch in seinem Handbuch des Staatsrechts, der Sozialismus habe bankrott gemacht, und die preussischen Bergwerke hätten deshalb auch dem Privatkapital übergeben werden müssen. Sie alle wissen, wie offenbar hier träge Unwissenheit oder Verleumdung ist.

Die großen Mittel, die der arme Staat für die Hochschulen ausgibt, dürfen nicht länger im Interesse einseitiger Parteilichkeit vergeudet werden, sondern müssen dem ganzen Volk zugute kommen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Dr. Gumbel (Dnt.) beklagt, daß Professor Helfrich die Republik angegriffen hätte. — Abg. Dr. Zentgraf, (Ztr.), selbst Universitätsprofessor: Die Republik ist gegen ihre Feinde auch an den Universitäten sehr nachsichtig. Die Überwindung der Unwissenheit sollte Veranlassung geben, auf den höheren Schulen viel strengere Aufsicht zu treffen. Abg. Dr. Köhler (Komm.) griff den Kultusminister wegen der Aufhebung der Studentenschaften an.

Kultusminister Dr. Becker:

Die geistige Reproduktion auf den Hochschulen muß weiter gefördert werden. Gegen reaktionäre Ausschreitungen wahren wir aus, aber wir müssen auch die Inanspruchnahme der studentischen Selbstverwaltung sichern. Gegen Professor von Möller schwebt das förmliche Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung. Professor Sorndat will mißverstanden werden sein. Professor Lubarsch bestritten die ihm nachgelagerten antisemitischen Behauptungen. Professor Soos ist ein durchaus loyal und intemerer Richter der Lehrtätigen Hochschule. Professor Helfrich hat auf meinem vorletzten Brief in einem offenen Antwortschreiben erwidert, daß jedenfalls gegen den vorgelegten Minister einen sehr ungewöhnlichen Ton angesetzt. (Sehr wahr! links, Unruhe rechts.)

Es gibt in der Geschichte kein zweites Beispiel dafür, daß ein Staat nach einer großen politischen Umwälzung durch die Hochschulen der Staatsoberhäupter angegriffen im Lande gehalten hat, wie das die Deutsche Republik getan hat. (Sehr wahr! links.) Aber es wird unzulässig sein, wenn man die Lehren des Staatsrechts nach Willkür lehrt, daß es nicht, wie Professor Helfrich, Kaiser Schatzkammer-Schreiber. (Sehr Unruhe rechts.) Ich bin jedenfalls nicht gewillt, die Dinge in Berlin zu weitergehen zu lassen.

(Zurück des Abg. Soos!) Sehen Sie sich nach beiden Seiten! Nein, ich habe keine Zusicherungen im Kampf gegen die heilige Staatsmacht als Zusicherungen, die aus dem Munde der Regierung für die heilige Staatsmacht ausgesprochen sind. (Sehr gut! links.) Ich fordere von den Beamten nicht nur freudige Bezeichnung des Staates, sondern freudige Bezeichnung der Republik! (Lebhafter Beifall links.)

Es folgt das Kapitel Kunst.

Abg. Koch, Berlin (Dnt.): In Jessners Staatstheater hat es im letzten Winter mehrfach Krach gegeben. Aber es handelt sich nicht allein um Jessner, sondern auch um seine Hintermänner, Korner alias Kohn, Elisabeth Bergner und Bronnen, die gemeinsam die neu-preussische Ghetto-Kunst in das Staatstheater trafen. Das ist keine Kunst des Charakters, sondern nur eine Kunst stark jüdischen Charakters. (Unruhe und Lachen links.) Die geistreiche preussische Dichterkademie schmückt mit dem Schillerpreis den Konzeptionschulzen Turke, den Juden Werfel und den Renegaten Fritsch von Anruh. Das entspricht ihrem Präsidenten von Holz, dem vielfach durchgefallenen aber genialen Umbirger deutschen Wesens. Der Kultusminister sollte von dem Juden Schreker in Ketherwellen Musik komponieren lassen: das unzulängliche, hier wird es Ereignis. (Beifall rechts, Lachen links.) Abg. Dr. Schwering (Zentrum): Wir halten dieses Moderne für Asterkrust, aber wir denken nicht daran, die Kunstkritik des bloßen Herunternehmens mitzumachen. Die christlichen Kreise sollten sich mehr für Kunst und Theater interessieren.

Abg. König, Ewinemünde (Soz.):

Unter Jessners Führung ist das Staatstheater zur führenden Bühne Deutschlands geworden. Gerade die antisemitische Rede des Herrn Koch wird alle geistigen Kreise Deutschlands in dem Wunne vereinen, die deutsche Kunst vor einer deutschen nationalen Kunstpflege zu behüten. (Sehr wahr! links.) Die Mittel für die Landesbühnen sind noch immer durchaus unzulänglich und noch immer ist es nicht gelungen, den Finanzminister zu bewegen, Geld für die Pensionssache der Bühnengenossen herauszurufen. Wir werden nicht müde werden, ihn darum zu bestürmen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Kultusminister Dr. Becker:

Es ist mir nicht nur ein sachliches, sondern auch ein persönliches Bedürfnis, mich schützend vor die Kunst Jessners zu stellen. Herr Koch hat mir versichert, daß kein Kampf nicht der Person Jessners gelte. Aber dann versteht ich gar nicht, warum er überhaupt alle Schmäherartikel, die gegen Jessner erschienen sind, hier vorgelesen hat. (Sehr wahr! links.) Die Sektion Dichtkunst der Akademie der Künste ist selbständig und für ihre Entscheidungen allein verantwortlich. Wenn aber Herr Koch einen Hieblich so hochehrenden Menschen wie Fritsch von Anruh einfach als Renegaten abtat, so ist das kein künstlerisches Urteil, sondern ein rein parteipolitisches, und der parteipolitische Haß sollte aus der Kunstpflege herausbleiben. (Lebhafte Beifall.)

Nach längerer Debatte wurde das Kapitel Kunst erledigt. — Nächste Sitzung Montag, 12 Uhr: Lotterievertrag, Haushalt des Finanzministeriums.

Keine preussische Bürgerschaft für Lohmann.

Berlin, 17. März. (Eigener Bericht.) Am 17. März wird mitgeteilt: Der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Schiff hat nach Freimeldungen für den Kapitän Lohmann eine Bürgschaft in Höhe von 10 Millionen übernehmen lassen und zwar gegenüber der preussischen Seehandlung. Demgegenüber wird mitgeteilt, daß von dem preussischen Finanzminister Dr. Höpfer-Schiff der preussischen Staatsbank eine Bürgschaftserklärung zugunsten des Kapitän Lohmann nicht gegeben werden ist. Die preussische Staatsbank hat dagegen im Jahre 1927 dem Dr. Lohmann 5. m. d. h. und der Paris S. m. d. h. je einen Kredit von 5 Millionen zur Verfügung gestellt zum Zweck der Auftragsabwicklung für den Kapitän Lohmann. Die Kredite der Staatsbank sind durch eine Bürgschaftserklärung des Reiches gesichert, doch auch Berlin der Staatsbank ausgeschlossen sind.

Bayerns Defizit.

München, 17. März. (Eig. Drahtbericht.) Der bayerische Finanzminister teilte dem Haushaltungsausschuss des Landtags am Samstag mit, daß der bayerische Etat 1927 mit einem Gehaltsbeitrag von 100 Millionen abgesehen und der für 1928 gegen ein Defizit von 275 Millionen. Durch die Vergrößerung der Defizite erhöhe die Gefahr, daß die Betriebsmittel des bayerischen Staates in bedrohlicher Weise vermindert würden. Das habe seinen Grund darin, daß Bayern, so wie andere deutsche Länder zur Erlangung eines außerordentlichen Budgets keine andere Schatzkammer habe und auf das Betriebskapital des Staates zurückgreifen muß.

Der Nachtragsetat vor dem Reichsrat.

Der Reichsrat tritt künftige Finanzpolitik.

Berlin, 17. März. (Eigener Bericht.) Der Reichsrat hat am Samstag der Ergänzungsetat der Bürgerkriegs-Regierung zum Haushaltsplan für 1928 angenommen. Der Reichsrat, Ministerialdirektor Dr. Bruch, betonte, daß der Ergänzungsetat in kommenden Jahren ein weiteres 100 Millionen Mark Kruggeben beinhalten werde, für die auch keine Deckung vorhanden sei. Es würden zu mindestens 300 Millionen von Bayern herein ungedeckt sein und es würde eine der schwersten Aufgaben des nächsten Reichstags sein, die höheren Einnahmen zu finden, um das Defizit zu decken.

Die Besorgnis über die Reichsfinanzpolitik, deren Bedeutung im Reichstag und nicht im Reichsrat ist, wurde von der Regierung bestätigt. Preußen wendet sich mit Entschiedenheit gegen die Erweiterung der Reichsbank-Kreditkapital, da es in ihrem Umfange eine Konkurrenz der Preussensache gegenüber des Großgrundbesitzes ist.

Geirat und Kinder bei der Reichswehr.

Das Reichswehrministerium beantragt eine billige Verteilung der Gehälter an die Familienangehörigen der Reichswehrsoldaten. Es kommen 55 Prozent zum Tragen und 43 Prozent von der Staat. Der Betrag der Gehälter ist nur 127 Prozent, die 1926 Reichswehrangehörigen gegenüber, während 1927 es als 100 Prozent ansetzt. Durch die Erhöhung der Gehälter eine Familie zu erhalten. Nach der Statistik vom 1. April 1927 betrug die Zahl der Familienangehörigen der Reichswehr 1.100.000.

und 10.688 uneheliche Reichswehrkinder. Es sind nur die Kinder in der Statistik aufgeführt, deren Väter sich selbst zu ihnen bekannten oder deren Mütter ihre Alimentationsansprüche geltend machten. In Bayern allein sind 16 Prozent aller unehelichen Reichswehrkinder in die Welt gekehrt. Schließlich brachte es auf 15 und Oldenburg auf 14 Prozent. Jedenfalls ergibt sich die Tatsache, daß gerade die agrarischen Gebiete die höchste Zahl unehelicher Reichswehrkinder aufzuweisen. Die Frauen des bürgerlichen Proletariats haben eine weniger Begeisterung für das Militär gezeigt.

Bazille stützt Hohnerreiter.

Der württembergische Staatspräsident in trauem Verein mit den Wikingern.

Der Wikingbund setzt seine Ministerarbeit fort. Professoren, Großindustrielle und Personen in höchsten Staatsstellungen unterstützen ihn dabei. Aus einem Briefwechsel, den die Frankfurter Zeitung veröffentlicht, geht das klar hervor:

Kolf Haegeler.

Stuttgart, den 16. 4. 27, Kronenstraße 40, III.

Lieber Herr v. Jagow!

3. Heutige Unterredung mit dem Staatspräsidenten Bazille: Der Staatspräsident empfing mich sehr nett und freundlich und gewährte mir trotz seiner starken Inanspruchnahme 10 Minuten zum Vortrag. Ich stellte meine Unterhaltung auf den von Ihnen angegebenen Kurs ab. Der Staatspräsident freute sich über unsere Auffassung zur Folge seiner Stellung in der Regierung und vor allem auch über das Neuaufleben der Bewegung. Er betonte ziemlich stark, daß er größten Wert darauf lege, in Bälde sich mit dem Kapitän (Ghrardi! Amm. d. Red.) persönlich auszusprechen zu können, denn er sehe, daß der Chef sich Gottseidank auch mit außerpolitischen Fragen beschäftigt. Der Staatspräsident steht auf dem Standpunkt, daß es in Europa in nicht allzu ferner Zeit Krieg geben werde, und es sei sehr wichtig, daß dabei Deutschland schon heute und später eine klare Linie verfolge, und es sei notwendig, daß maßgebende nationale Führer über die Frage England und Rußland sich vollkommen einig sind. Ich sagte Bazille, daß vielleicht der Chef schon in absehbarer Zeit kurz auf der Durchreise ist.

4. Ueber die Beschaffung von Geldern sagte mir Bazille: „Direkt kann ich nichts machen. Sie können sich aber bestimmt darauf verlassen, Herr Haegeler, daß ich mich persönlich dafür einsetzen werde, daß Ihnen Mittel beschafft werden. Allerdings können darüber 4 bis 5 Wochen hingehen, da ich für 14 Tage bis 3 Wochen jetzt in Urlaub fahren muß.“

Sonstige Einzelheiten dann mündlich.

Ihr stets ergebener

(Unterschrift)

Von Bazille ist man allerlei gewöhnt, was aber der junge Haegeler, der übrigens ein Sohn des bekannten Erlingener Großindustriellen ist, da schreibt, ist dem doch rechtlich viel. Bazille ist befriedigt über „Das Neuaufleben der Wikingerbewegung“. Bazille lebt in freudiger Erwartung eines kommenden Krieges. Bazille rübt die Zulage, die monarchistische Bewegung durch reichliche Geldmittel zu unterstützen. Und dieser Bazille ist Staatspräsident der Republik Württemberg!

Vom Kriegsschadenschuldschleß.

Berlin, 16. März. (Eigener Bericht.)

Im Entschädigungsausschuß des Reichstags wurde am Freitag die zweite Lesung des Kriegsschadenschuldschleßes beendet. Der Entwurf besteht im wesentlichen aus den durch die erste Lesung im Ausschuß geschaffenen und von uns bereits mitgeteilten Inhalt. Änderungen sind nur in zwei Punkten vorgenommen worden. Einmal wurde die Grenze für die hundertprozentige Entschädigung von 4500 auf 5000 Mark heraufgesetzt; außerdem wurde der Härtefonds um 7 Millionen auf 27 Millionen Mark vergrößert. Die hierfür notwendigen Mehraufwendungen im Gesamtbetrag von 18 Millionen Mark sollen dadurch gewonnen werden, daß der Beginn der Verzinsung der eingetragenen Schuldbuchforderungen um ein Vierteljahr bis zum 1. April hinausgeschoben wird.

Die Meuterer auf der englischen Flotte.

Das oberste Kriegsgericht soll die Sache untersuchen.

London, 17. März. (Eig. Drahtbericht.) Die britische Admiralität hat die Untersuchung des Vorfalls an dem britischen Flaggschiff „Royal Oak“ einem sogenannten „Allgemeinen Kriegsgerichtshof“ übertragen. Von den drei in den Vorfall verwickelten Offizieren befinden sich die beiden Kapitäne zur See Dewar und Daniel bereits in London. Admiral Collard, offenbar der Hauptverantwortliche für die Vorkommnisse, ist telegraphisch von Malta nach London befohlen worden. Die Übertragung der Untersuchung an die höchste gerichtliche Instanz läßt die Angelegenheit in einem ernsteren Licht erscheinen, als die bisher mitgeteilten Tatsachen vermuten ließen.

Was Polen zum Schulstreit zu sagen hat.

Der deutsch-polnische Schulstreit vor dem Sanger Gerichtshof.

Sang, 15. März. Vor dem Ständigen internationalen Gerichtshof wurde heute die öffentliche Verhandlung in dem deutsch-polnischen Schulstreit mit dem Plädoyer des Beizeilers der polnischen Regierung in Warschau, Oberlandesgerichtspräsidenten Rozowski, fortgesetzt. In längeren Ausführungen betonte dieser, daß die polnischen Behörden sich dagegen wendeten, daß Kinder, die keine andere Sprache als polnisch sprächen, die Schule der deutschen Minderheit besuchen. Ein Verbot der polnischen Regierung für einen Minderheit der Minderheiten aufhebenden besonderen Rechte, der zu dem Artikel der Genfer Konvention in Widerspruch stehe. Die polnische Regierung berufe sich für die Richtigkeit ihrer Ansicht auf die bekannte Entscheidung des Völkerbundsrats vom März 1926, wonach Kinder, die ausschließlich polnisch sprächen, nicht zum Besuch der Minderheitsschule zugelassen zu werden brauchten. Durch das Verbot der deutschen Schule für solche Kinder würden auch die berechtigten deutschen Interessen nicht geschädigt. Die entgegengelegte Auffassung stelle nach polnischer Ansicht eine Durchbrechung des Nationalitätenprinzips dar. Die Artikel 74 und 81 der Genfer Konvention, auf die die deutsche Regierung sich berufe, müßten im Zusammenhang mit Artikel 89 der Konvention gesehen werden. Aus diesem aber ergebe sich, daß die Kinder in ihrer eigenen Sprache unterrichtet werden müßten. Artikel 131 habe auch den Eltern keinen Freibrief für die Abgabe einer Unterzeichnerklärung aus. Zum Schluß seines Plädoyers leugnete der polnische Anwalt, daß die Klage des deutschen Volksbundes in Ober-Oesterreich über parteiliche Behandlung der Minderheiten durch die polnischen Behörden einweder übertrieben seien oder aber sich auf Fälle ohne jegliche Bedeutung bezögen. In diesem Zusammenhang griff der polnische Beizeiler die Langzeit des deutschen Volksbundes an, dem er unter anderem vorwarf, daß er gefällige Unterchriften zum Zweck der Eröffnung neuer Minderheitsschulen gesammelt habe. Im letzten Zusammenhang wurde hierauf die heutige Sitzung vom Präsidenten des Gerichtshofes für beendet erklärt.

Der Steinarbeiterstreik in Schlefien

Rund 4000 Granitsteinarbeiter stehen zurzeit im Streit, mehrere Tausend erwarten täglich den Aufbruch an dem Kampf gegen die Gläubiger teilzunehmen. Nachfolgend sei kurz die Entstehung und der bisherige Verlauf des Lohnkampfes geschildert, um der Öffentlichkeit und nicht zuletzt den staatlichen und kommunalen Behörden, die als Hauptverbraucher von Pfisterstein- und Werksteinprodukten in Betracht kommen, einen Überblick zu geben.

Kriegs- und Nachkriegsjahre waren für die schlesischen Steinarbeiter Hungerjahre im wahren Sinne des Wortes. Der Straßenbau sowie der Hochbau war lahmgelegt, der Geschäftsgang infolgedessen schlecht. An diesem schlechten Geschäftsgang ließen die Unternehmer die Arbeitererschaft ungebührlich stark teilnehmen, indem sie noch mehr, als es bei der schlesischen allgemeinen Arbeitererschaft ohnedies üblich ist, unter Ausnutzung der Arbeitslosigkeit die Löhne drückten. Diese unsoziale Einstellung bezweckten die Unternehmer auch bei, obwohl in dem Jahre 1925 eine Hochkonjunktur einsetzte, die sie ganz außergewöhnliche Gewinne erzielen ließ. Auch die Jahre 1926 und 1927 waren gute Geschäftsjahre, die teilweise veröffentlichten Jahresabschlüsse mehrerer Firmen zeigen gleichfalls sehr hohe Gewinnquoten, bei unantastlich großen Abschreibungen und sonstigen stillen Reserven.

Die Verkaufspreise waren durchweg denen der übrigen deutschen Pfistersteinbezirke angepaßt, in mehreren Fällen sogar höher, obwohl die Löhne der schlesischen Steinarbeitererschaft bis zu 60 Prozent unter den Löhnen der Steinarbeiter der Nachbar- und Konkurrenzbetriebe lagen, und zwar sowohl zeit- wie ortsfest.

Der am 29. Februar d. J. abgelaufene Lohnvertrag lautete auf ein Spitzenlohn für Facharbeiter von 59,8 Pf. pro Stunde, für Hilfsarbeiter von 48,6 bis 49,8 Pf. Entsprechend diesem Stundenlohn wurden auf Grund eines Reichs-Arbeitsvertrages die Arbeitsbedingungen aufrechterhalten.

Seit Jahren wurde nun seitens der Arbeitnehmer-Organisation versucht, die Unternehmer zu bewegen, endlich auch ihrer Arbeitererschaft einigermassen menschenwürdige Entlohnung zu geben. Alles Zureden durch die Gewerkschaften und tariflichen, sowie staatlichen Schlichtungsinstanzen war und blieb vergebens. Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands forderte nunmehr in diesem Jahre mit größtem Nachdruck, die Löhne für die Facharbeiter auf 75 bis 80 Pf., die der Hilfsarbeiter auf 58 bis 62 Pf. pro Stunde zu erhöhen, sowie die Arbeitsbedingungen auf einstufigen. In der Form höflich, aber sachlich provokatorisch erfolgte die Antwort der Unternehmer, daß man bereit wäre, die jetzt bestehenden Hungerlöhne auf weitere zwei Jahre abzuschließen, keineswegs aber irgend eine Erhöhung einzutreten lassen könnte. Diese nur als Verzögerung der Arbeiter aufzufassende Erklärung in Gemeinschaft mit verschiedenen Schlägen und Eigenmächtigkeiten einzelner Betriebsleitungen erzeugte innerhalb der Arbeitererschaft größte Erregung und den Wunsch, derart rücksichtslosen Ausschreitern den Krepel vor die Füße zu werfen. Hinzu kam nun noch, daß mehrere Vertreter von kommunalen Baubehörden in

einzelnen Betrieben von Striegau erschienen und die Qualität der dortigen Produktion bemängelten, ohne zu bedenken, oder den Unternehmern vorzuhalten, daß nicht die Arbeitererschaft, sondern die Unternehmerhaft durch die ständigen Abschläge Schuld daran trägt. Es büßte doch auch den Herren Beamten verständlich sein, daß der schlesische Steinarbeiter zum Beispiel einen laufenden Meter Bordstein, für den der Arbeiter rund 1,50 Mark Arbeitslohn erhält, nicht ebenso qualitativ herzustellen in der Lage ist, wie der Steinarbeiter des Nachbarbezirks, der für das gleiche Quantum 3,40 Mark erhält, bei sonst gleichen Voraussetzungen.

Alles in allem bewegte sich 1700 Steinarbeiter von Striegau, sofort die Arbeit ruhen zu lassen. Diesen folgten in den nächsten Tagen 2900 Mann, während die übrigen auf Weisung der Organisation noch abwartende Stellung einnahmen. Anlässlich der vom Schlichter der Provinz Niederschlesien von Amts wegen angelegten Verhandlung waren die Unternehmer bis jetzt weder durch die Organisationsvertreter, noch durch den Schlichter zu bewegen, ein Angebot zu machen, welches als Verhandlungsgrundlage hätte angelehnt werden können. 64 1/2 Pf. für Facharbeiter und 52 bis 55 Pf. für Hilfsarbeiter ist nach rund 14tägiger Verhandlung vor dem Schlichter das angebotene Angebot, was für die Herren tragbar wäre. Da für die Arbeitererschaft derartige Löhne bei den heutigen Verhältnissen undisziplinär sind und auch der Vorschlag des Schlichters von keiner Seite Gegenliebe fand, war eine Einigung nicht möglich. Auf Antrag der Arbeitgeber wurde die zsammengelegte Schlichterkammer vorzeitig. Der Kampf geht zunächst in seiner jetzigen Form weiter.

Die Versammlungen, denen über das Verhandlungsergebnis berichtet wurde, brachten einmütig zum Ausdruck, daß die Arbeitererschaft nicht daran denkt, unter gleichen oder ähnlichen, völlig unzureichenden Löhnen die Arbeit aufzunehmen. Es müßte unseres Erachtens auch Sache der Aufträge erteilenden Baubehörden sein, die Unternehmer merken zu lassen, daß es im Allgemeininteresse notwendig ist, den 7000 Steinarbeitern für ihre gefährliche und außerordentlich harte Arbeit in Wind und Wetter bei sehr großem Kleider- und Schuhverbrauch eine angemessene, dem allgemeinen Lohnniveau angepaßte Entlohnung zu geben, damit nicht, wie es bisher in Dutzenden von Fällen notwendig war, die kommunalen Wohlfahrtsämter noch Zuschüsse zum Lohn geben müssen, um die Familien vor dem Erhungern zu schützen. Daß die Unternehmer höhere Löhne zu zahlen imstande sind, wissen gerade die Baubehörden hinlänglich am besten, da ihnen die Preisvergleiche mit anderen Steinbezirken, in denen bis zu 60 Prozent höhere Löhne bezahlt werden, geläufig sind.

Die Steinarbeiter Schlesiens werden mit aller traditionellen Zähigkeit zu kämpfen bestehen, um endlich ihr und ihrer Familien Los zu verbessern. Die Sympathien der gesamten deutschen Steinarbeiter, die die äußerst miserablen Löhne der schlesischen Kollegen kennen, werden ebenso auf Seiten der kämpfenden Kollegen stehen, wie uns dies auch durch Angehörige der Striegauer Bürgergemeinschaft bestätigt wurde.

Nach 19jährigem wirtschaftlichem Frieden glauben die Unternehmer der Arbeitererschaft alles bieten zu dürfen; sie haben sich getäuscht. Not und Kampf bringe Gesetzwort-Interessen.

Die schlesischen Eisenbahnarbeiter zum Kampf bereit!

Der Bezirksverband des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands beschäftigte sich in einer am Sonnabend, den 17. März, abgehaltenen Sitzung mit der durch die Reichsbahn-Hauptverwaltung zur Lohnfrage der Eisenbahnarbeiter gehaltenen Lage. Die zahlreichen Protestschreiben der Ortsgruppen aus dem Bezirk zeigten dem Bezirksverband die ungeheure Erregung der Eisenbahn-Arbeitererschaft. Sie ist nicht mehr gewillt, das herausfordernde Verhalten der Reichsbahn-Hauptverwaltung länger über sich ergehen zu lassen. Aus allen Meinungsäußerungen geht der unverkennbare Wille der Mitgliedschaft zum Kampf hervor.

Dem Hauptverband des Einheitsverbandes wurde für sein bisheriges Vorgehen einmütig das vollste Vertrauen ausgedrückt.

Es wird erwartet, daß bei den weiteren Verhandlungen von den gestellten Forderungen nicht abgewichen wird. Im besonderen muß die Forderung auf Beseitigung des Wirtschaftsbereiches I aufrecht erhalten werden.

Die gesamte Mitgliedschaft hält sich zum Kampf bereit und steht geschlossen hinter ihrem Verbandsvorstand.

Die Reichsbahnverwaltung hat zunächst allerdings anderes zu tun, als auf solche Zeichen zu achten. Im Hinblick auf die für morgen, den 20. März, festgelegten Schlichtungsverhandlungen veröffentlicht sie eine sehr umfangreiche Darlegung, darin die haargenau nachweist, daß die Finanzlage der Reichsbahn verheerend, eine Lohnerhöhung vorzunehmen. Nebenher befreit sie die Reichsbahn von der Notwendigkeit einer Lohnerhöhung für die Arbeiter der Reichsbahn und behauptet, daß die Lohnentwicklung der Reichsbahnarbeiterschaft keineswegs hinter der aller übrigen Industrien zurückgeblieben sei. Das ist so ziemlich alles, was die Reichsbahnverwaltung gegen die „Begehrlichkeit“ ihrer Arbeiter vorzubringen weiß und man muß sagen, daß sie ihre Gelegenheit nicht zu beneiden ist.

Aber diesmal wird es mit Redensarten nicht getan sein.

Streit der Kölner Marmorarbeiter.

Die Kölner Marmorarbeiter stehen seit einigen Tagen im Streit. In einzelnen Werken, wo meist von auswärtigen stammende Arbeiter Streikbrecherdienste versehen, ist es bereits zu Tätlichkeiten gekommen, aber nicht die Streitenden haben zum Mittel der Gewalt gegriffen, sondern die Streikbrecher liegen zur höheren Ehre des Unternehmertums die Arbeit an. Streikposten und Gewerkschaftsvertreter wurden anderem mit Schraubenbüchsen und Eisenstangen bedroht.

Einigung in der Solinger Metallindustrie.

Nach neunstündiger Verhandlungsdauer kam am Freitag in der Solinger Metallindustrie eine Einigung zustande, die für sämtliche Parteien bindend ist. Die getroffene Vereinbarung sieht eine Erhöhung der Löhne um 8 Prozent, der Arbeitszeit um 20 bis 25 Prozent vor. Als reguläre Wochenleistung gelten 48 Stunden, Mehrarbeit bis zu 4 Stunden wöchentlich ist zulässig. In kontinuierlichen Betrieben wird das Zweifächten-System wieder eingeführt. Die 48. und 50. Wochenstunde wird mit einem Zuschlag von 20 Prozent bezahlt, die 51. und 52. Stunde mit 25 Prozent. Die Vereinbarung tritt mit dem 1. April 1928 in Kraft, erstmalig gültig werden kann sie zum 30. April 1929.

Kündigung von Tarifverträgen in der Uhrenindustrie.

Die Arbeitergewerkschaften und Angestelltenverbände in Donaueschingen haben die in der Uhrenindustrie bestehenden Tarifverträge zum 31. März gekündigt. Es wird eine Erhöhung der Löhne um 15 Prozent verlangt, worüber die Verhandlungen Ende März beginnen sollen.

Die Reichskonferenz der Berufskraftfahrer.

Die dieser Tage im Leipziger Volkshaus stattfand, war von etwa 100 Delegierten besetzt. Die Session der Berufskraftfahrer ist, wie der Vorsitzende Schumann in seiner Begrüßungsansprache hervorhob, heute die dritte größte Gruppe im Verkehrs- und Gewerkschaftsbund; sie wird bald an erster Stelle marschieren. Rettig, Berlin, sprach über die Berufskraftfahrer im Kraftfahrwesen und ihre Verhütung. Im Anschluß an den Vortrag forderte die Konferenz die Einführung einer Reichsstatistik über die Unfälle im Straßenverkehr. Reich, Berlin beleuchtete die deutsche und internationale Gesetzgebung für den Kraftfahrverkehr. In einer hierzu eingehenden angenommenen Entschließung nimmt die Konferenz den von der (1927 in Paris stattgefundenen) internationalen Chauffeurkonferenz und dem Kraftfahrbeirat bei der I.T.E. aufgestellten internationalen Forderungen der Berufskraftfahrer verbindlich an. Die Verbandsleitung wurde beauftragt, im Sinne dieser Forderungen zu arbeiten. Mit besonderem Nachdruck wurde darauf hingewiesen, daß nur durch Schaffung einer geschlossenen Front aller Berufskraftfahrer die internationalen programmatischen Forderungen schnell und ausreißend durchgeführt werden können. Die Konferenz richtete daher an alle unorganisierten und noch in anderen Organisationen und Vereinen befindlichen Berufskollegen den Appell, sobald als möglich dem Reichsverband der Berufskraftfahrer im Deutschen Verkehrsband als Mitglied beizutreten.

Bei der Wahl des Vorstandes wurde Rettig zum ersten, Schulz zum zweiten Vorsitzenden und Rettig zum Sekretär gewählt. Die Kongreßteilnehmer beschloßen nach Schluß der Tagung die Automobilausstellung auf dem Messegelände; ebenso hatten sie der Bundeschule des Arbeiter-Turn- und Sportbundes einen Besuch ab.

Kaschisten werden abgelehnt.

Der Schweizerische Bauernverband lehnte bisher alljährlich einige Hundert italienische Arbeiter für die Saisonarbeit in der Schweiz ab. In diesem Jahre

haben sich die Verhandlungen jedoch zerklüftet, weil die italienische Regierung die Auswahl der zu entsendenden Arbeiter selbst vornehmen wollte. Der Bauernverband sollte nur 20 Prozent der in Frage kommenden Arbeiter aussuchen dürfen. Er lehnte es jedoch ab, ausschließlich italienische Arbeiter anzustellen. Statt dessen wurden 500 Arbeiter aus dem österreichischen Burgenlande verpflichtet.

Wirtschaft.

Die Leerwohnungen in den preussischen Großstädten.

Die „Statistische Korrespondenz“ veröffentlicht in ihrer neuesten Stimme die endgültigen Ergebnisse über die Zahl der bei der Reichswohnungszählung festgestellten Leerwohnungen in den 30 preussischen Großstädten. Danach wurden insgesamt 9763 Wohnungen gezählt, die am Tage der Zählung (10. Mai 1927) leerstanden. Für den eigentlichen Leerwohnungsbestand kommen allerdings nur 5427 Wohnungen in Frage, da die restlichen 4336 häufig als gewöhnliche oder bereits vermietet waren. Der äußerst geringe Anteil der eigentlichen Leerwohnungen am Gesamtwohnungsbestand beträgt im Durchschnitt der 30 Großstädte 0,2 Prozent. Würden diese für den Wohnungsbedarf zur Verfügung stehenden Leerwohnungen den bei der Reichswohnungszählung festgestellten Haushaltungen ohne selbständige Wohnung zugewiesen, so könnten von 1000 dieser Haushaltungen nur 23 eine Wohnung erhalten.

Die Zahl der Neubauwohnungen unter den für den Wohnungsmarkt verfügbaren 5427 Leerwohnungen wird auf etwa 25 Prozent geschätzt, während der Anteil der Neubauwohnungen an dem Gesamtwohnungsbestand der Großstädte nur 7,16 Prozent ausmacht. Der Anteil der Neubauwohnungen am Leerwohnungsbestand ist also wesentlich größer als am Gesamtwohnungsbestand.

Ein Vergleich der Leerwohnungen der Reichswohnungszählung von 1927 mit gemeindlichen Zählungen einzelner Großstädte von 1925 zeigt, daß die Zahl der leerstehenden Wohnungen in den zwei Jahren etwas gestiegen ist. Jedoch wird hieraus eine nennenswerte Besserung des Wohnungsmarktes nicht gefolgert werden können.

Glänzende Geschäfte der Hamburg-Amerika-Linie.

Der Jahresbericht der Hamburg-Amerika-Linie (Hapag) für das Jahr 1927 zeigt, daß die im Jahre 1926 erfolgte Umorganisation der Gesellschaft, Ablösung des Harriman-Vertrages, Uebernahme der deutschen Austral- und Kosmoslinie, Erwerb der Sinnes-Linie usw. glänzende Ergebnisse gezeitigt hat. Trotzdem wird mit Hilfe der bekannten Zahlenkundstüde über soziale und Steuerbelastung berichtet.

Die im April 1927 beschlossene Kapitalerhöhung um 30 Millionen wurde durchgeführt. Als neue Bauten wurden in den Dienst gestellt: Der Dampfer „Newport“, das Motorschiff „Rheinland“ und der Dampfer „Höf“. Der gesamte Flottenbestand der Gesellschaft beträgt jetzt insgesamt 149 Seeschiffe, 5 Seebüddampfer, 24 See- und Luftschlepper und 238 sonstige Fahrzeuge, insgesamt 1 051 882 Bruttoregistertonnen. Auf den Schiffen der Gesellschaft wurden — alle Dienste und Fahrpläne zusammengekommen — im Jahre 1927 — 114 135 Passagiere befördert. Das Frachtgeschäft hat sich weniger gut entwickelt. Hinsichtlich des Flugverkehrs wird im Bericht folgendes bemerkt:

„Wir verfolgen mit lebhaftem Interesse die Bestrebungen zur Ueberwindung weiter Seestrecken mit Luftfahrzeugen. Wir sind der Auffassung, daß, nachdem die technischen Voraussetzungen geschaffen sein werden, ein künftiger Transocean-Luftverkehr nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen organisiert und der Führung der Seeschifffahrt überlassen werden müßte, die von altersher den überseeischen Verkehr vermittelt hat und infolgedessen über die erforderliche verkehrstechnische und nautische Erfahrung verfügt.“

Der Kohertrag wird mit 49,462 Millionen angegeben. Die Handelskosten, Steuern und Soziallasten beanspruchen 13,862 Millionen und Ueberschüsse 2,956 Millionen. So ergibt sich ein Betriebsertrag von 32,642 Millionen.

Für Abschreibungen und Rückstellungen verwendet die Gesellschaft nicht weniger als 20,59 Millionen und für Lantienem wird beinahe eine halbe Million Mark ausgeworfen. Der verbleibende Betrag wird für eine Prozentige Dividende verwendet. Insgesamt erfordert die Dividendenzahlung 1,6 Millionen. Demgegenüber ist der Kosten, Handelskosten, Steuern und Soziallasten mit 13,8 Millionen erstaunlich niedrig. Die eigentlichen sozialen Lasten betragen nach Angabe des Berichts 5,9 Millionen Mark. Wenn man von dem Gesamtposten Handelskosten, Steuern und soziale Lasten in Höhe von 13,8 Millionen Mark 5,9 Millionen für soziale Lasten abzieht, so verbleiben 7,9 Millionen. Fiehet man davon noch die im Bericht angegebene Steuerlast von 5,6 Millionen ab, so verbleiben für die eigentlichen Handelskosten 2,3 Millionen Mark. Darin sind auch die sämtlichen Löhne und Gehälter für 10 841 Personen enthalten. Was für Löhne und Gehälter muß diese Gesellschaft zahlen und mit welchem Recht beschwert sie sich über die Höhe der sozialen Lasten?

Das nennt man Geschäft.

Die letzten Jahresgewinne der Meyer-Kauffmannschen Textilwerke in Wülfegiersdorf.

Einen verdreifachten Rohgewinn erzielten im verfloßenen Jahre die Meyer-Kauffmann-Textilwerke in Wülfegiersdorf. Trotzdem man die Abschreibungen um rund 300 Prozent auf 584 000 Mark steigerte, kann die Gesellschaft einen Reingewinn von 580 000 Mark gegenüber 8200 Mark im Jahre 1926 ausweisen. Die Dividende beträgt 7 Prozent. Ein wesentlicher Teil der gemachten Gewinne scheint auch für die Finanzierung von Neuanlagen verwendet worden zu sein.

KIPKE-BIER seit 1844

Großfeuer auf einem Berliner Bahnhof.

Auf dem Berlin-Lehrter-Güterbahnhof brannte in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag das Kornlagerhaus der Hamburger Speicher-Gesellschaft bis auf die Grundmauern nieder. Der Schaden ist außerordentlich hoch, da in dem Speicher 8000 Sack Zucker, 1000 Tonnen Hafergerste bzw. Mehl lagerten, die sämtlich ein Raub der Flammen geworden sind. Ingesamt soll der Wert des vernichteten Getreides 700 000 Mark betragen, so daß der Gesamtschaden rund eine Million Mark betragen dürfte. Dieser Betrag ist durch Versicherung gedeckt.

Vorerst wird angenommen, daß das Feuer auf eine Brandstiftung zurückzuführen ist. Die Löscharbeiten konnten erst nach achttündiger Dauer beendet werden.

Der Berliner Verkehr im Februar.

In Berlin sind im Monat Februar durch die drei Berliner Gesellschaften Straßenbahn, Allgemeine Omnibus-Verkehrs-Gesellschaft und Hoch- und Untergrundbahn 108 1/2 Millionen Fahrgäste befördert worden. Der Tagesdurchschnitt beträgt 3,7 Millionen gegen 3,6 Millionen im Januar. Das bedeutet eine tägliche Zunahme von 100 000 Fahrgästen.

Die Meineidsfabrik der Frau Ohlerich.

Zu einer Massenmeineidsanlage von noch unbegrenztem Umfang wird das von der Staatsanwaltschaft in Berlin eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen die Meineidsfabrik der Frau Ohlerich führen. Zwei Opfer der Frau Ohlerich sind bereits wegen Meineides abgeurteilt worden. Das neue Ermittlungsverfahren erstreckt sich auf acht weitere Personen. Sämtliche Meineidsanlagen, bei denen Frau Ohlerich als Anklägerin in Frage kommt, hat die Staatsanwaltschaft zu einem Verfahren vereinigt, das demnächst vor dem Schwurgericht zur Verhandlung gelangen wird. Frau Ohlerich, die gegenwärtig die gegen sie verhängte Gesamtschuldenhaft von 4 1/2 Jahren wegen Anstiftung des Bäckermeisters Ehr und der Frau Mittendorf verbüßt, ist angeklagt, alle diese Personen zu rund 15 Meineiden angestiftet zu haben. Neben diesen Anstiftungen zum Meineid schwebt noch ein Verfahren gegen Frau Ohlerich wegen geradezu gewerbsmäßiger Herstellung falscher eideschwörender Versicherungen. In diesem Zweig der Meineidsfabrik sind zum Teil dieselben Personen, die unter Meineidsanlage stehen, beteiligt. Außerdem aber werden noch mehrere zehn Personen verfolgt. Nach dem bisherigen Stande des Ermittlungsverfahrens ist bereits aufgedeckt, daß nicht weniger als 80 falsche eideschwörende Versicherungen abgegeben worden sind.

Schwerer Autounfall.

Am Sonntag war bei Großkreutz in der Provinz Brandenburg ein schweres Autounfall zu verzeichnen. Ein mit drei Personen besetzter Privatwagen aus Berlin fuhr in etwa 90 Kilometer tempo die Chaussee Brandenburg-Berlin entlang. Als der Wagen von einem anderen Auto überholt werden sollte, kam er ins Schleudern. Das Auto streifte zunächst einen Chausseebaum, wurde dadurch aus der Fichtung geworfen. Es prallte nun mit großer Wucht gegen einen zweiten Baum. Der Anprall war so heftig, daß die Insassen hinausgeschleudert und die Sitze bis 20 Meter weit auf das Feld flogen. Eine Dame blieb auf der Stelle tot, während die übrigen drei Insassen des Wagens schwere Ober- und Unterschenkelverletzungen davontrugen.

Der Bau des neuen Zeppelins.

Der bekannte Zeppelinbauer Dr. Eckener sprach am Sonntagabend in Leipzig über „Zeppelin 127 und die Aufgaben dieses neuesten Zeppelin-Luftschiffes“. Danach soll der Bau dieses Schiffes bis Ende Mai oder Anfang Juni beendet sein. Es wird dann eine Deutschlandsfahrt antreten und anschließend mehrere Flüge nach dem Norden, nach Skandinavien, unternehmen. Auch dem Problem des Transatlantikfluges soll wieder nähergetreten werden.

Kraubüberfall wegen 10 Mark.

Sonabend vormittag suchte der Handlanger Alois Stendel eine in Köpenick a. d. H. wohnende Witwe auf, bei der er vor einigen Jahren Maurerarbeiten ausgeführt hatte, und fragte, ob für ihn Arbeit da sei. Die Frau veranlaßte dies. Als Stendel trotzdem die Wohnung nicht verließ, wies ihn die Witwe hinaus. In dem Augenblick, in dem die Frau dann einen Zehnermarkstein aus einem Schrank nahm, stürzte sich Stendel mit einer Wirt auf sie und versetzte sie am Kopfe. Die Frau legte sich zur Wehr und Stendel flüchtete schließlich. Der Täter konnte bisher noch nicht festgenommen werden.

Ein Viehschanda.

In dem Ort Siegenau bei Chemnitz in Sachsen die verwitwete Arbeiterin Anna Hoffmann von ihrem Viehhaber, einem in Chemnitz wohnenden Arbeiter namens Langholz, in ihrer Wohnung mit einem Küchenmesser erstickt worden. Der Täter beging nach der Tat Selbstmord, indem er sich mit dem gleichen Küchenmesser die Kehle durchstach. Der Tat gingen Streitigkeiten voraus, in deren Verlauf sich die Witwe Hoffmann von Heiratsabsichten des Langholz mißbilligt haben soll.

Stichwunden in Fürstberg an der Ober.

Sonabend abend kurz vor 10 Uhr brach im Sanatoriumsgebäude in Fürstberg an der Ober ein Feuer aus, das sich mit rasender Schnelligkeit ausbreitete. Jenseit wehrt der ganze Dachstuhl des umfangreichen Gebäudekomplexes in hellen Flammen. Zahlreiche Feuerwehren der Stadt und der Umgebung sind zur Hilfeleistung herbeigeeilt.

Todeszug beim Training zum Gilettier-Kennen.

Der Motorfahrer Warten aus Dillenthal führte Sonabend nachmittags beim Training zum Gilettier-Kennen in Hannoversch-Brunn eine kleine Dillenthaler Steuermotorschiff. Warten erlitt einen schweren Schädelbruch und starb auf dem Transport zum Sanatorium.

Leichenfund bei Königsbucherhagen.

In einem Moor in der Nähe von Königsbucherhagen bei Berlin wurde Sonabend die Leiche eines gutaussehenden Mannes gefunden. Die Leichenteile an der linken Seite fehlten. Der Mann, der mindestens vier Wochen im Moor gelegen haben muß, trug einen braunen Anzug und eine braune Mütze, merkwürdigerweise fehlte aber der Hut. Die Schuhe und die Strümpfe fehlten aber. Untersuchungen werden bei dem Toten nicht gefunden, wohl aber eine gelbe Uhr. Eine braune Schilfkrone, die nach dem Fund des Mannes mancherorts in der Gegend bei der Vermutung steht, daß der Mann an anderer Stelle ermordet und nach dem Fundort gebracht worden ist.

Feuertodes.

Sonabend früh starb in Köpenick ein 58-jähriger Arbeiter beim Feuertode vor dem Haus der Eltern auf dem 10. als bei ihrer Heimkehr verblüht, die Leichenteile festzuhalten, einen Schlag auf den Kopf, wodurch das Gehirn schwer verletzt wurde. Jenseit wurde er im Morgens durch einen Kopfschlag.

Opposition gegen Mussolini.



Der frühere italienische Ministerpräsident Giolitti (im Bilde) hat gegen die vom faschistischen Parteirat vorgeschlagene und von Mussolini genehmigte Wahlreform Stellung genommen mit der Begründung, daß diese Wahlreform eine wahre Volksvertretung nicht gewährleisten könne.

Soubloß will gegen die Ausweisung protestieren.

Alexander Soubloß hat den Berliner Rechtsanwalt Dr. Alsborg die Wahrnehmung seiner Interessen übertragen. Dr. Alsborg gedenkt, in der Angelegenheit der Ausweisung Soubloß Schritte zu unternehmen. Das ist bisher nur unterblieben, weil der Anwalt formell von der Ausweisung noch nicht in Kenntnis gesetzt worden war. Soubloß selbst protestiert durch seinen Bevollmächtigten in Bonn gegen den Ausweisungsbefehl und läßt erklären, seine eilige Abreise ins Ausland stehe mit der Ausweisung in keinem direkten Zusammenhang.

Einbruch in 1480 Meter Höhe.

Im Schutzhause auf dem 1480 Meter hohen Arber, dem höchsten Gipfel des Bayerischen Waldes, wurde ein Einbruch verübt, bei dem die Vorräte geplündert wurden. Nach ihrem Abstieg übernachteten die Einbrecher in dem deutschen Grenzort Eisenstein, wurden dort ermittelt und verhaftet. Sie wurden als zwei vermögende tschechische Hochschüler und die Schwester des einen festgestellt. Der Einbruch stellt sich als reiner Akt des Deutschenhasses dar. Die Studenten hatten genügend Rucksackvorrat und mehr als 400 Kronen Bargeld bei sich.

Selbstmord eines Senkners in Tschechien?

In Senkner Wald ist die Leiche eines unbekannten Mannes, der offenbar Selbstmord verübt hat, aufgefunden worden. Der Tot, bei dem 400 Kronen gefunden wurden sowie ein Revolver, aus dem zwei Schüsse abgegeben waren, soll Schüsse getragen haben, wie sie in Tschechien hergestellt werden und außerdem ein Kramatze, auf der die Adresse eines Münchener Lieferanten verzeichnet ist. Eine Leichenuhr trägt die Buchstaben R. R. Aus allen diesen Anzeichen wird angenommen, daß es sich um einen Deutschen handelt.

Mord an einem tschechisch-polnischen Abgeordneten.

Unter dem Verdacht, den Abgeordneten der Republikanischen Partei, Joseph Chalabín, ermordet zu haben, wurde der tschechisch-polnische Agitator Saxon aus Michalozze verhaftet. Chalabín wurde Ende vorigen Jahres in seinem Weingarten in der Gemeinde Binné bei Michalozze erschossen aufgefunden. Man nahm zunächst an, daß Chalabín, der sich in Begleitung eines Freundes auf die Jagd begeben hatte, durch einen unglücklichen Zufall von seinem Begleiter getötet worden war. Diese Annahme erwies sich jedoch als unbegründet.

Der Rajah und der liebe Gott.

Ein in einer kleinen maharattischen Provinzstadt lebender Mann war dem Hungertode nahe und von aller Welt verlassen. Seine letzte Hoffnung setzte er auf den lieben Gott. Er schrieb ihm als einen Brief und bat ihn um 1000 Rupee. Das Schreiben, das er zur Post gab, trug die Aufschrift: „An den Allerbarmherzigen Gott“. Die Eintafel des Unglücklichen erwiderte bei den Postbeamten Heiterheit. Einige von ihnen brachten aus ihrem kargen Einkommen 100 Rupee zusammen und kanden sie dem Briefschreiber zu, um ihm eine kleine „himmlische“ Unterstützung zu bereiten. Der zu Gott flehende Mann war aber erstaunt, statt der erwarteten 1000 Rupee nur 100 Rupee zu erhalten. Sein Dankgefühl war aber trotzdem nicht erloschen. Er gab ihm in einigen Zeilen Zusatzen, die wieder in die Hände der indischen Postbeamten gelangten. Sie lauteten: „Ich danke dir, Gott, für deine unermessliche Güte und Milde. Doch bitte ich dich inständig, mir das Geld ein nächstes Mal persönlich oder durch einen Engel zu bringen, denn die Postbeamten haben mir diesmal von der Summe 900 Rupee gestohlen.“

Wahlpropaganda in Japan.

Für die japanischen Wahlen wurde kürzlich eine Partei im ganzen Lande eine rege Propaganda entfaltet. Im Bilde: Das Betreten der Wahllokale.



Eine Kröte als Heze verbrannt.

Eine kaum glaubliche Geschichte, die an das finstere Mittelalter erinnert, hat sich in der kleinen Gemeinde Krummnau in Schweden ereignet. Bei einem Bauern erkrankten mehrere Kühe; sie gaben keine Milch mehr. Einige alte Weiber erklärten nun, die Tiere seien verhext. Da man im Stalle eine große Kröte gefunden hatte, hieß es bald allgemein, die Heze habe sich in die Kröte verwandelt. Daraufhin wurde beschlossen, das Tier öffentlich zu verbrennen. Der Bauer ging mit einem Krugzitt in der Hand um den Scheiterhaufen, auf dem man die Kröte gelegt hatte, herum und stieß laute Flüche aus. Dann wurde das Tier verbrannt. Der Bauer und die Teilnehmer an dieser Hezenverbrennung wurden jetzt von der Behörde wegen Tierquälerei bestraft. Milch geben die Kühe trotz allem immer noch nicht.

Die Prozession der Not.

Der große Demonstrationsszug der Arbeits- und Unterkunftslosen, der kürzlich den Marsch von Jütland nach Kopenhagen angetreten hatte, ist zwar vor einigen Tagen durch eine Verfügung des Justizministers aufgelöst worden; dennoch haben sich in den letzten Tagen einige Unentwegte aus dem aufgelösten Zuge mit mehreren hundert Leidensgenossen aus Nord-Schleswig auf der Insel Fühnen in Odense, der größten Stadt auf Fühnen versammelt, um auf eigene Faust einen Demonstrationsszug nach Kopenhagen zu machen. Etwa 350 Mann sind bereits an der Mündung Fühnens angelangt und lassen sich in kleinen Gruppen in Fischerbooten über den Großen Belt setzen. Einige völlig Mittellose sind von der Polizei bereits aufgegriffen und in ihre Verlegungsgemeinden zurückgeschickt worden. Die übrigen Teilnehmer des Zuges beabsichtigen, sich mit den ausgefeuerten Erwerbslosen in Kopenhagen und auf Seeland zu einer mächtvollen Kundgebung in Frederiksberg bei Kopenhagen zu vereinigen.

Zusammenstoß zwischen Schiffsjäger und Küstendampfer.

Das Schiffsjäger „Colorado“ ist bei der Rückkehr von einer Gefechtsübung innerhalb des Hafens von San Pedro in Kalifornien mit dem austauenden Küstendampfer „North Alexander“ zusammengestoßen. Es wurde niemand verletzt. Die „Colorado“ weist 10 Fuß über dem Wasserpiegel ein Loch in der Panzerung auf, während der Bug des Küstendampfers leicht beschädigt wurde. Die Ursache des Zusammenstoßes muß erst von dem bereits einberufenen Marine-Untersuchungsgericht festgestellt werden.

Unfall beim Hüttenhütten.

In Aofa kam am Sonntag ein ungarischer Nationalfeiertag beim Abgeben von Mörsergeschossen zu einem bedauerlichen Unfall. Infolge zu starker Pulverladung explodierte der alte Mörser. Durch die Sprengstücke des Rohres wurde ein Landwirt auf der Stelle getötet, ein anderer lebensgefährlich verletzt.

Eine 86-Jährige verbrannt.

Am Sonnabend nachmittag brach in Berlin in der Wohnung der 86-jährigen Witwe Wasko in der Perleberger Straße 43 ein Stubenbrand aus. Die Nachbarn, die den Rauch auf dem Hausflur bemerkten, brachen die Wohnungstür gewaltsam auf und versuchten, die Greisin zu retten. Sie war jedoch bereits erstickt.

Verhaftung eines Gattenmörders.

Die Polizei verhaftete Sonnabend den Finanzwachaufseher Ludwig Eder in Pesterszebe unter dem Verdacht, seine Frau ermordert zu haben. Beim polizeilichen Verhör gestand er schließlich, während eines Streites seine Frau mit einem Messer erstickt zu haben. Um die Spuren des Mordes zu verwischen habe er die Leiche im Gemüsegarten vergraben, wo sie auch tatsächlich aufgefunden wurde.

Erdbeben in Griechenland.

Der Seismograph der Gonzaga-Universität in Spofane (Washington) registrierte Donnerstag, zwischen 9,30 Uhr und Mitternacht, ein starkes Erdbeben. Es dürfte sich um ein aus Kyzoastron bei Korinth gemeldetes Erdbeben handeln.

Der Forschungsreisende Filchner.

Vom deutschen Generalkonsulat in Kalkutta liegt eine Meldung vor, daß die Reisegeellschaft des Forschungsreisenden Filchner wohlbehalten in Leh in Kaschmir angekommen sei und die Weiterreise nach Srinagar in Kaschmir angetreten habe.

Eigenartiger Zugzusammenstoß.

In New Cumberland (Pennsylvanien) hat sich zwischen drei Güterzügen und einem Personenzug ein eigenartiger Zusammenstoß ereignet, bei dem drei Eisenbahnbedienstete verletzt wurden. Ein Güterzug fuhr in einen vorausfahrenden Güterzug hinein, jedoch ein Wagen des letzteren Zuges entgleiste und in einen auf dem Nebengleise vorbeifahrenden Güterzug hineinstieß. Ein Lokomotivwagen dieses dritten Güterzuges wurde zertrümmert und das umherfliegende Öl geriet in Brand. In die Trümmer dieses Lokomotivwagens fuhr ein auf einem dritten Gleise daherkommender Personenzug hinein, der vollständig entgleiste. Von den Passagieren wurde aber niemand verletzt.

Schlupf kann sich weit von der Umklammerung freimachen, und zwei weitere Treffer bereiten Heutlich eine unverdient hohe Niederlage. Beide Mannschaften waren äußerst schnell und ausdauernd und der gute Schiedsrichter hatte das Spiel jederzeit in der Hand.

Freie Sportfreunde, e. V. Aufnahme von Jugendmitgliedern Dienstag, 20 Uhr, Vereinslokal (Frettel, Langgasse 68).

8.1.8. Ostschin. Sonnabend, den 24. März, abends 7 1/2 Uhr. Vollerfassung bei Heike (Siedlung). Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht, da wichtige Tagesordnung. Das Mitglied Otto Mischke wird wegen unzulässiger Geschäften aus obigem Verein ausgeschlossen. Dies allen Arbeitervereinen zur Kenntnis.

Table with 2 columns: Team names and scores. Includes Sturm I - S. J. K. I., Einigkeit I - S. J. K. I., etc.

1924 I - Sparta I 2:1 (1:0). Auf der Großschmelze fanden sich obige Gegner im jälligen Verbandsspiel gegenüber. Es entwickelte sich ein flottes Spiel. 1924 hat etwas mehr vom Spiel, das sich auch in einem Tore auswirkt. Bis zur Halbzeit ändert sich nichts mehr. Nach Wiederantritt daselbe Bild. 15 Minuten nach Halbzeit, kann Sparta ausgleichen, doch kurz vor Schluss kann 24 durch ein zweites Tor den Sieg an sich reißen. Vorher spielten die zweiten Mannschaften. Hier siegte Sparta mit 4:0.

Einweihung der Reichenbacher Schwimmhalle durch die Arbeiterschwimmer.

Am 18. März fand die Einweihung der neuen, schönen Schwimmhalle in Reichenbach statt. Waldenburg, Salzbrunn, Schweidnitz, Liegnitz und Breslau waren mit insgesamt über 100 Starrenden vertreten. Ein sehr guter Besuch zeugte davon, daß die Arbeiterschwimmer mit der Arbeiter-Sportbewegung verbunden ist. Der Erfolg dieser Veranstaltung wird nicht ausbleiben; eine Schwimmabteilung der freien Turnerschaft wird geschaffen werden. Nachstehend einige Resultate:

Freistilswette 100 Meter: 1. Breslau II 2:9, 2. Breslau I 2:16. Jugendbrustschwimmen 100 Meter: 1. Bod 1:37, 2. Stiffel-Schweidnitz 1:39,5, Männerrücken 100 Meter: 1. Klingeberger 1:26,5, 2. Zimmer 1:31. Frauenbrustschwimmen 50 Meter: 1. Scherermann 52,1, 2. Seil 52,5. Jugendleitschwimmen 100 Meter: 1. Kruzing-Breslau 1:37,4, 2. Perkel-Liegnitz 1:39,5. Männerlegenstafette 4x100 Meter: 1. Breslau II 5:47,4, 2. Breslau I 5:57. Springen: 1. Heine-Waldenburg 31 Punkte, 2. Kollera-Breslau 27 Punkte. Rücken schwimmen weibliche Jugend 100 Meter: 1. Oswald-Breslau 1:46, 2. Werner-Breslau 1:48,7. Männerfreistilswimmen 100 Meter: 1. Keluga 1:12, 2. Thomas 1:17,1. Jugendfreistilswimmen 100 Meter: 14 bis 16 Jahre: 1. Grösch-Breslau 1:30,8, 2. Müller-Breslau 1:32,1; 16 bis 18 Jahre: 1. Werner-Breslau 1:17,5, 2. Frei und Lang-Breslau 1:34. Dreikampf für Wasserballspieler: 1. Faulde-Breslau, 2. Büchel-Waldenburg. Männerbrustschwimmen 100 Meter: 1. Grande II-Waldenburg 1:32, 2. Richter-Breslau 1:37,6. Jugendlegenstafette 4x100 Meter: 1. Breslau I 6:3, 2. Breslau II 6:43. Streckenwagen: 1. Trese-Schweidnitz 1:5 (38 Meter), 2. Zimmer-Breslau 3:2 (37 Meter). Männerwasserballspiel: Jugend: Breslau I - Liegnitz 9:0; Frauen: Breslau I - Breslau II 3:1; Liegnitz - Waldenburg 5:2; Breslau III - Salzbrunn 4:1; Breslau I - Breslau II 4:3.

Am Sonntag fanden Handballspiele statt, die folgende Resultate hatten: Jugend Breslau - Reichenbach 4:0; Waldenburg - Breslau II 1:3; Breslau I - Reichenbach 6:3.

Mus dem 14. Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Fortraube an die Bundesmeisterschaft im Fußball. Der Reiter im Fußball-Breslau-Süd 14. Kreis, spielt in der Vorrunde um die Bundesmeisterschaft gegen Leipzig-West 4. Kreis (Sachsen). Es steht der jählichen Arbeiter-Fußballgemeinde ein hochinteressantes Spiel in Aussicht. Das Spiel steigt am Sonntag, den 25. März, nachmittags 3 Uhr, auf dem H.L.P.-Platz in Klein-Gandau bei Breslau. Vorher findet ein Handball-Wettkampf statt. Alle Freunde des Arbeiter-Fußballsports werden erwartet.

Sollen Schwimmen des Schwimmvereins 'Vojteken'. Breslau. Der über den Rahmen des Kreisgebietes hinaus bekannte Schwimmverein Breslau wird am Sonntag, den 25. März, nachmittags 3 Uhr, sein diesjähriges Frühjahrs-Hallen-Schwimmfest abhalten, zu dem u. a. Arbeiter-Schwimmer aus Liegnitz, Danzau und Waldenburg an den Start gehen werden.

Geräte-Wettlauf der Jugendlicher der freien Turnerschaft Breslau. Die jugendliche Jugend der freien Turnerschaft Breslau veranstaltet am Sonntag, den 25. März, nachmittags in der Festung-Turnhalle in Breslau einen Geräte-Wettlauf, bei dem sie den Beweis erbringen wird, daß sie auch auf diesem Gebiete Gütes an Leistung vermag. Das Programm wird durch Rollen-Festlegungen sowie abwechselndes Turnen der Mädchen umrahmt werden. Alle Eltern und Erzieher, sowie Freunde des Arbeitersports sind hierzu ganz besonders eingeladen.

Die Kreiswahl steht im Laufe des Monats März folgende technische und geschäftliche Kurze ab: Am 3. und 4. März in Waldenburg-Altmühl einen Lehrgang für Vereinsauswärtiger und Berichtswriter mit 25 Teilnehmern; am 10. und 11. März in Oppeln einen Kursus für Jugend- und Männerturner mit 25 Teilnehmern. In Danzau fand am 2. und 3. März ein Lehrgang für Schwimmer mit 25 Kursteilnehmern. Der Schluß der Verhandlungen in den einzelnen Bezirken wird der Kreiswahl die Möglichkeit, einen weit größeren Kreis von Kursteilnehmern heranzubilden.

Schöne Turnspiele! In dem Rahmen der Bezirks-Spieltage der Arbeiter-Turn- und Sportbünde ist der 14. Kreis nicht vertreten. Sollten es die in Frage kommenden Bezirke nicht mehr vorzuziehen, aber werden andere Zusammenkünfte? - Nun findet in der Zeit vom 4.-16. Juni ein Kursus für Berichtswriter statt. Der 14. Kreis kann zwei Personen bezeichnen. Ich hoffe, daß die Bezirks- und die Abteilungs-Spieltage recht regen Gebrauch davon machen. Weiteres am 1. April.

Schöne Sportler! Nehet am Kreisjugendtag. Das in Königsberg in Waldenburg stattfindet. Aus allen Teilen des Landes ist eine große Beteiligung zu erwarten. Mehrere hundert Spielplätze werden eingerichtet. Die Waldenburger Gemischten und einige andere Sportvereine zu nennen, so daß ein gutes Gelingen der Hauptaufgabe der Arbeiter-Sportlerjugend gesichert ist. Die Festlegungen werden nach einem in der nächsten Nummer der L.T.S. abgedruckt.

Waldung der Sportvereine Nordost 83, e. V. Sonntag, den 1. April. Der Tag beginnt 8:30 Uhr. Treffpunkt bei Ostner 7:30 Uhr. Gymnastik-Übungen 8 Uhr bei Ostner in Ostn. Post.

Breslauer Hallenschwimmbad. Schwimmhallen für Männer und Frauen. Schwimmunterricht, Massage, Wannen-, Dampf- und Elektr. Bäder, Inhalation. Außer Sonntags täglich geöffnet von 8 bis 8 Uhr.

Fußball-Serienspiel für den 1. April. (Die Reihenfolge bedeutet Zeit, Vereine, Platz, Schiedsrichter.) 16:30: Adler-Flott I - Bratislava I; Leipzig-Neuborsdorf; Gebauer. 16:30: Silek-Riders I - Fr. Sportfreunde I; Stadion; Krönig. 16:30: Silek-Riders II - Fr. Sportfr. II; Stadion; Nobis, K. 16:30: Süd I - Halle I; Klettendorf; Runger. 16:30: Bernstadt I - West I; Bernstadt; Genrich, C. 16:30: Bernstadt II - West II; Bernstadt; Genrich, C. 16:30: Sturm I - H.L.P. Dels I; Mariaböfchen; Schäfer. 16:30: Sturm II - H.L.P. Dels II; Mariaböfchen; Schmidt, Fr. 16:30: Sparta I - Stern I; Schlachthof; Grünig. 16:30: Sparta II - Stern II; Schlachthof; Scholz, Fr. 16:30: Trebnitz I - H.L.P. I; Trebnitz; Scharte. 16:30: Trebnitz II - H.L.P. II; Trebnitz; Scharte. 16:30: 1924 I - Cotel I; Großschmelze; Hülkenbusen. 16:30: Vorwärts I - 1921 I; Stadion; Engel. 16:30: Vorwärts II - 1921 II; Stadion; Ulrich, Fr. 16:30: Dswitz I - Jottwitz I; Jottwitz; Genrich, K. 16:30: Dswitz II - Jottwitz II; Jottwitz; Genrich, K. 16:30: Strehlen I - Rapid I; Strehlen; Kretschmer, A. 16:30: Strehlen II - Rapid II; Strehlen; Kretschmer, A. 16:30: H.L.P. I - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. II - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. III - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. IV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. V - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. VI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. VII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. VIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. IX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. X - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XXXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XXXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XXXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XXXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XXXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XXXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XXXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XL - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XLI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XLII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XLIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XLIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XLV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XLVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XLVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XLVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. XLIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. L - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXV - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXVIII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXIX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXX - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXXI - Ostschin; Grunert, K. 16:30: H.L.P. LXXXXXXXII - Ostschin; Grunert, K. 16:30: